



stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

119

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287



+ 2021
Sommer

ANGRIFF AUF LITVINS

Konturen schärfen, weitermachen

Sie haben Fragen an das Bundeskanzleramt?

 service@bka.gv.at

 0800 222 666
Mo bis Fr: 8–16 Uhr
(gebührenfrei aus ganz Österreich)

 +43 1 531 15-204274

 Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1
1010 Wien



04	Aushang Kurzmeldungen
05	Editorial Gamze Ongan
06	Stimmfrage Hakan Gürses
08–11	Drei Quellen der Linken Hakan Gürses
12–15	Stigmatisierung durch die „Mitte“ Leah Carola Czollek und Gudrun Perko
16–17	Die Linke: Perspektiven, Gefahren, Alternativen Politikwissenschaftler Benjamin Opratko im Gespräch mit Julia Schönherr
18–19	Naturalisierung sozialer Verhältnisse Geschlecht, Sexualität und Familie im Fokus rechter Politik Stefanie Mayer
20	Groll Erwin Riess
21–23	Mit Barrieren zur Gleichstellung? Eine Studie zu Frauen mit Behinderungen in Wien Nadja Bergmann und Claudia Sorger
24–27	Stimme-Talk Junger Aktivismus und minoritäre Allianzen Teil 2 Cornelia Kogoj
28–29	Jubiläumsserie Verbunden mit der Initiative Minderheiten
30–31	Nachlese Nico Reiter und Melanie Konrad
32–33	Lektüre Rezensionen

Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin und Redaktion:
Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien | Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: **Gamze Ongan**

Redaktionelle Mitarbeit: **Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Jessica Beer, Raffaella Gmeiner, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig**

Kolumnen: **Hakan Gürses, Erwin Riess**

Grafisches Konzept, Artdirektion & Illustrationen: **fazzDesign** (Fatih Aydođdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: **Daniel Müller**

Herstellung (Repro & Druck): **Donau Forum Druck Ges.m.b.H.,** Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien |



office@dfd.co.at

Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.

Verlags- und Erscheinungsort: **Wien** |

Verlagspostamt: 1060 Wien

Anzeigen: **Ebru Uzun** | office@initiative.minderheiten.at

Abo-service: **Ebru Uzun** | abo@initiative.minderheiten.at

Jahresabo: **EUR 20,-** Inland, **EUR 30,-** Ausland

(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: **EUR 5,50**

Web: **www.initiative.minderheiten.at**

www.zeitschrift-stimme.at

www.facebook.com/zeitschriftstimme

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: **STIMME** – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Medieninhaberin und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliedsbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adresse der Medieninhaberin und der Herausgeberin ist im Impressum angeführt.

Wanderausstellung | Was wir fordern! Minderheitenbewegungen in Österreich



Quelle: Ausstellung „Was wir fordern!“, Foto zur Verfügung gestellt von Vanessa Spanbauer.

Im Mittelpunkt der Wanderausstellung „Was wir fordern! Minderheitenbewegungen in Österreich“ stehen Geschichte und zentrale Forderungen unterschiedlicher Minderheiten in Österreich. Autor:innen aus den verschiedenen minoritären Gruppen – zumeist Aktivist:innen – werfen einen fokussierten Rückblick auf ihre Geschichte und präsentieren ihre wesentlichen minderheitenpolitischen Forderungen – vergangene und zukünftige. Unterschiedliche, vornehmlich aktivistische Formen des Protests erweisen sich als untrennbar mit der Geschichte minderheitenpolitischer Forderungen verbunden. Ihre Darstellung zeigt, welche Anstrengungen und welche Ausdauer notwendig waren, um ge-

gen Diskriminierung und für gleiche Rechte einzutreten.

Die historischen Kämpfe für zweisprachige Ortstafeln und Schulen in Kärnten und im Burgenland, die Anerkennung von Roma und Sinti als österreichische Volksgruppe sind ebenso Beispiele für Strategien und politische Kämpfe wie die Abschaffung des § 209 StGB oder die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Initiative Minderheiten initiiert diese Ausstellung, um die Vielfalt minoritärer Bewegungen einerseits und die gesamtgesellschaftliche Bedeutung ihrer Forderungen andererseits sichtbar zu machen.

Stadtbibliothek Innsbruck
23. September – 16. Dezember 2021

Kuratorinnen:
Jessica Beer und Cornelia Kogoj
Ausstellungsgestaltung:
Toledo | Dertschei

Mit: Persson Baumgartinger, Andreas Brunner, Ali Gedik, Petra Flieger, Isabel Frey, Margit Hauser, Bouchra Ikherazene, Mirjam Karoly, Birge Krondorfer, Herbert Langthaler, Eleonore Lappin-Eppel, Lydia Novak, Volker Schönwiese, Vanessa Spanbauer, Vladimir Wakounig

Eine Ausstellung der
Initiative Minderheiten.
Gefördert aus Mitteln des BMBWF.



Ting: das Debütalbum von Uygur Çağlı

Uygur Çağlı, Bassist, Komponist, Arrangeur und Produzent, schloss sein Studium am Grazer Johann-Joseph-Fux-Konservatorium und an der Anton Bruckner Privatuniversität Linz mit Auszeichnung ab.

Als Gründer und Mitglied zahlreicher Projekte arbeitete Çağlı mit internationalen Musiker:innen und trat auf internationalen Bühnen auf. Sein Projekt „Ruh“ wurde im Jahr 2015 mit „Stadt der Vielfalt – Preis der Stadt Linz“ in der Kategorie Interkulturalität ausgezeichnet.

Çağlı, der ebenso als Pädagoge tätig ist, ist Mitbegründer der World Music School in Wien.

Im Mai 2021 wurde nun Uygur Çağlıs Debütalbum „Ting“ veröffentlicht. Das CD-Release-Konzert fand am 28. Mai 2021 im Rahmen der Reihe „The Show must go on(ine) – Live-Stream with Live-Audience Part II“ im Jazzclub Porgy & Bess statt.

Die Band von Çağlı ist eine multikulturelle Formation mit Musiker:innen aus Österreich, der Türkei und aus Taiwan, namentlich Tzu-min, Bilge Kaan Kuş, Marco Mrčela, Soner Tezcan und Edith Lettner.

Das Album „Ting“ zeugt von der Vielfaltigkeit der Musik. Begleitet von einer starken Rhythmus-Gruppe erklingen Melodien, die auf authentischen Instrumenten wie zum Beispiel der chinesische Erhu, der bundlosen und der E-Bow-Gitarre, der Bambusflöte Nai aus dem Mittleren Osten, den Udu-Drums aus Afrika und dem Qanun aus dem Mittleren Osten gespielt werden. Am Klavier oder Saxophon sind zudem klangvolle Jazzimprovisationen zu hören.

Für mehr Information:
www.uygarcagli.com
www.worldmusicschool.at

Fünfter Jenischer Kulturtag Tirol

Initiative Minderheiten Tirol tritt seit 2016 mit den **Jenischen Kulturtagen** für die Sichtbarmachung der Jenischen in Gegenwart und Vergangenheit sowie ihres Beitrags zur Tiroler Geschichte ein. Jenseits von herabwürdigender Stereotypisierung und Romantisierung der fahrenden Lebensweise soll im Rahmen der Jenischen Kulturtage ein realistisches Bild der teils ver-

gessenen und verschwiegenen, teils lebendigen Traditionen, Kultur und Lebensformen gezeichnet werden.

Im Rahmen des von der Europa-region Tirol-Trentino 2021 ausgerufenen Museumsjahres zum Thema „Transport – Transit – Mobilität“ kommen die Jenischen dreifach vor. Neben der Publikation „Fahrend? Um die Ötztaler Alpen. Aspekte jenischer

Geschichte in Tirol“ und einer Ausstellung im Gedächtnisspeicher in Längenfeld, wird auch der 5. Jenische Kulturtag im Ötztal stattfinden.

5. Jenischer Kulturtag:
Samstag, 17. Juli 2021
in der Kalkbrennanlage in Sautens.

Programminfo:
www.minorities.at

FÜNFTER JENISCHER KULTURTAG

Samstag, 17.07.21 ab 14:00 Uhr

Veranstaltungszentrum
Kalkbrennanlage
6432 Sautens



Im Unterschied zum Rechtsextremismus teilen sozialistische und kommunistische Bewegungen die liberalen Ideen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Eine Formulierung, ein Skandal. Die Empörung auf Twitter, die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung würde mit dieser Formulierung in einem Online-Dossier linksmotivierten Extremismus bagatellisieren, sprang schnell auf rechte Online-Publikationen und die *Bild*-Zeitung über. Letztere titelte am 12. Jänner 2021: „Verharmlosung des Kommunismus: Sind Linke die besseren Extremisten?“ Die Bundeszentrale für politische Bildung musste kurz darauf die Formulierung, die bereits ein Jahrzehnt im Netz stand, ändern. Wie später, im März 2021, bekannt wurde, hatte das Innenministerium der Institution diktiert, was unter Linksextremismus zu verstehen sei.

Wir kennen es: Sobald rechte Gewalt eskaliert, muss es schnappatmend auch um links gehen – entsprechend dem sogenannten Hufeisenschema, nach dem politische Kräfte sich lediglich dadurch unterscheiden, ob sie den Staat und seine Ordnung akzeptieren und unterstützen oder ablehnen bis bekämpfen. In diesem Modell sind Links- und Rechtsextremismus einander viel näher als jeweils der „gemäßigten“ Mitte. Was diese Theorie aber nicht berücksichtigt: Die Ziele von links und rechts, ihr Menschenbild und ihr Weltbild unterscheiden sich radikal. Auch wird die Unterscheidung von totalitären oder anarchistischen Kräften ausgespart.

Diese Ausgabe befasst sich damit, wie die Linke von Konservativen und der „braven“ Mitte unter Beschuss genommen wird, aber auch mit der Notwendigkeit ihrer Neuorientierung.

Angesichts „linksdrehender Attitüden“ der Rechten und fehlender Distanz der Linken – etwa zum Antisemitismus – fällt es nicht immer einfach, die Linke zu verorten. **Hakan Gürses** analysiert einleitend drei Quellen, aus denen sich die Linke speist.

Leah Carola Czollek und **Gudrun Perko** vom Institut „Social Justice & Radical Diversity“ zeigen auf und problematisieren die Stigmatisierung der linken Kräfte durch die Mitte anhand von aktuellen Beispielen aus Hochschulen, Wirtschaft und sozialer Arbeit.

Appelle an Genderpluralität werden seitens der Rechten und ebenso von der konservativen Mitte als „genderideologisch“, sprich „linksideologisch“, diffamiert. Die Politikwissenschaftlerin **Stefanie Mayer** widmet sich in ihrem Beitrag Feminismen, Gleichstellung und liberalen Sexualpolitiken als neuem Feindbild der politischen Rechten.

Julia Schönherr fragte den Politikwissenschaftler **Benjamin Opratko** von der Universität Wien, wie sich das Verständnis von links historisch gewandelt hat, warum sich linke Wahlbündnisse schwertun, Fuß zu fassen und ob links automatisch antirassistisch ist.

An dieser Stelle einen herzlichen Dank an **Leah Carola Czollek** und **Gudrun Perko** sowie an **Hakan Gürses** für ihre Unterstützung bei der Konzeption dieser Ausgabe.

„Frauen, die behindert werden“ ist der Titel einer im Auftrag des Frauenservice Wien durchgeführten qualitativen Studie mit und über Frauen mit Behinderungen in Wien. Wir haben die Studienautorinnen **Claudia Sorger** und **Nadja Bergmann** von der L&R Sozialforschung gebeten, die wichtigsten Ergebnisse zusammenzufassen.

Cornelia Kogoj bringt in der zweiten Folge des Stimme-Talks zum Jubiläum „Junger Aktivismus und minoritäre Allianzen“ **Noomi Anyanwu** vom „Black Voices Anti-Rassismus-Volksbegehren“ und **Samuel Mago** von „HÖR – Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Romnja“ an einen Tisch.

Unser **30. Geburtstag** war auch Anlass dafür, mit Wegbegleiter:innen der **Initiative Minderheiten** kleine Interviews zu führen. Vor allem wollten wir wissen, was für Menschen, die seit Jahrzehnten (minderheiten)politisch aktiv sind, die größten Errungenschaften der vergangenen Jahre darstellen und was sie heute am meisten beschäftigt – sprich: Was ist noch zu tun? Die Langversionen der Interviews finden Sie auf www.imblog.at.



Durchatmen und neue Freude am Sommer wünscht
Gamze Ongan | Chefredakteurin

Folgen Sie uns auf Instagram: Wir präsentieren die Menschen hinter 30 Jahre Initiative Minderheiten und geben Einblicke ins Archiv.

[instagram.com/initiative_minderheiten](https://www.instagram.com/initiative_minderheiten)

Angst in der Pandemie

Entgegen der sprichwörtlichen Annahme ist die Angst kein schlechter Ratgeber.

Für Leute, die beängstigt werden, mag ja das Sprichwort noch gelten. Nicht aber für die, die Angst machen. Für sie ist Angst lukrativ und verkauft sich als die beste Ratgeberin. Mit Angst betreiben die meisten Parteien Wahlkampf und die meisten Regierungen Politik.

Interessant nur, dass es dabei fast immer um die Angst anderer geht. Ich als Politiker sage dir, vor wem *du* Angst haben sollst. Die Integrationsministerin erklärt, warum *die Bevölkerung* gerade vor der Migration Angst habe. Man müsse die Angst *der Leute* ernst nehmen, mahnen die Angstlosen ein. „Bald wird *jeder jemanden* kennen ...“, prophezeit der Kanzler. Die Angst der anderen – das ist der Stoff, aus dem die autoritären Träume gemacht sind.

Niemand teilt gerne die *eigenen* Ängste in der Öffentlichkeit mit. Denn sie deuten auf Schwäche hin, und Schwäche wird höchstens einen Tag lang als Stärke ausgelegt, wenn etwa ein Minister aus gesundheitlichen Gründen zurücktritt, aus Angst, er könnte dem Job nicht mehr gewachsen sein, und dies vor laufender Kamera bekanntgibt. „Danke, Rudi!“, rufen dann die Harmonischgesinnten 24 Stunden lang aus einer Kehle (grün ist die Hoffnung für manche noch immer), in der 25. Stunde aber vergessen sie schon den Rudi und denken über die eigene Gesundheit nach: Diese sei – so erneut der Kanzler – durch die hohe Inzidenzzahl akut gefährdet, obwohl das Licht am Ende des Tunnels ... tja, in Gestalt des russischen Impfstoffs mit kosmonautischer Sicherheit auf uns zusteure. Man müsse jedoch, so wiederum die Simulationskoryphäe im Fernsehen, vor dem nächsten Herbst Angst haben, denn ...

Ich habe schon sehr lange Angst. Und keineswegs Scheu davor, diese öffentlich mit Ihnen, geneigte Leser*innen, zu teilen. Meine akute Angst bezieht sich nicht unmittelbar auf die Pandemie, sondern auf eine politische Entwicklung in der Pandemie.

Ich meine die Gefahr, die der Demokratie inhärent ist, ihr quasi als deren *Reset-Taste* innewohnt: *der Ausnahmezustand*. Dieser wurde bereits in den 1920er Jahren von einem der prominentesten Feinde der liberalen Demokratie beschrieben, vom Juristen und Politiktheoretiker Carl Schmitt, einem glühenden NS-Sympathisanten. Sein Ausspruch erlangte eine solch traurige Berühmtheit, dass sie mittlerweile von linken Theoretiker*innen als Lehrsatz zitiert wird: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“^[1]

Ebenso berühmt wurde die kritische Rezeption dieses Satzes durch den italienischen Philosophen Giorgio Agamben,

^[1] Carl Schmitt: Politische Theologie: Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. E-Book, 2015.

^[2] Eine Auswahl dieser Texte liegt nun als Buch in deutscher Übersetzung vor: Giorgio Agamben: An welchem Punkt stehen wir? Die Epidemie als Politik. Wien 2021.

^[3] Ebd., S. 28.

der schon vor langer Zeit die These vertreten hat, heutige Demokratien würden aufgrund ihrer Regierungskrisen dazu neigen, den Ausnahmezustand Stück für Stück einzuführen und zum Normalzustand auszubauen. Es gibt Beispiele für die „fristlose Verlängerung“ des Ausnahmezustandes, das bekannteste von ihnen ist wohl das auf dem *USA PATRIOT Act* (später als *USA Freedom Act* verlängert) basierende Maßnahmenpaket mit dem Titel „Krieg gegen den Terrorismus“, das fundamentale Bürgerrechte seit 2001 zum Teil drastisch einschränkt.

Bereits am Anfang der Covid-Pandemie verfasste Agamben eine Reihe von Texten, in denen er behauptet, seine These sei nun Wirklichkeit geworden.^[2] Tatsächlich haben innerhalb des Pandemiejahres die meisten Regierungen weltweit Maßnahmen verabschiedet, die Grund- und Freiheitsrechte beschneiden, während sie sich selbst mit größeren Entscheidungs- und Eingriffsrechten ausgestattet haben. Nicht selten machen die Regierungen in ihrer Politik der Pandemie von autoritären Diskursen und Praktiken Gebrauch.

Meine Angst beruht nicht in erster Linie darauf, Regierungspolitiker*innen würden diese Gelegenheit nutzen, um ihre schon immer vorhandenen illiberalen Tendenzen und Wünsche zu verwirklichen. Dies gilt zwar ohne Zweifel für nicht wenige Länder (auch Europas), wie wir es etwa aus Ungarn gut kennen – und die aktuelle Regierungskonstellation mit Sebastian Kurz als Bundeskanzler hat bis heute nicht unbedingt ein Bild geliefert, das längerfristige Entwicklungen hin zum Autoritarismus hierzulande würde vollkommen ausschließen lassen.

Meine Angst rührt dennoch eher von der „Vergesslichkeit“ des Demos – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Menschenrechte funktionieren nicht aufgrund von Instinkten oder Reflexen der Bevölkerung, sondern umgekehrt muss das „Wahlvolk“ stets von Neuem lernen und sich daran gewöhnen, Rechte zu haben und mitentscheiden zu können. Sehr dünn bleibt die Grenze zum gesellschaftlichen Zustand, der diese Fähigkeiten vergessen macht (die Reset-Taste) – und Ausnahmezustand ist der andere Name dafür. Autoritätshörigkeit und Gehorsamkeitsbereitschaft, ohnehin schon stark vorhandene „Tugenden“, potenzieren sich dann, wenn Autonomie und Emanzipation im Ausnahmezustand wieder verlernt werden.

Ich kann nicht umhin, am Ende Giorgio Agamben zu zitieren, obwohl ihn derzeit fast alle zu meiden scheinen wie der Teufel das Weihwasser:

„Eine Gesellschaft, die im ständigen Ausnahmezustand lebt, kann keine freie Gesellschaft sein. Wir leben in der Tat in einer Gesellschaft, die die Freiheit zugunsten der sogenannten Sicherheitsgründe geopfert und sich selber dazu verurteilt hat, in einem ständigen Angst- und Unsicherheitszustand zu leben.“^[3]

Ich bin nicht der Meinung, diese warnenden Worte kämen aus dem Munde eines „Schwurblers“.

Angriff



Konturen schärfen, weitermachen

Drei Quellen der Linken



Selbstverständigung (kritische Philosophie) der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche. Dies ist eine Arbeit für die Welt und für uns. Sie kann nur das Werk vereinter Kräfte sein. Es handelt sich um eine Beichte, um weiter nichts. Um sich ihre Sünden vergeben zu lassen, braucht die Menschheit sie nur für das zu erklären, was sie sind [Marx, Brief an Ruge, 1843].^[1]

Würde man einem heranwachsenden Menschen entlang des aktuellen Gegensatzes – der pandemischen Verwerfung – das politische Spektrum erklären wollen, könnte die Lektion wie folgt lauten: „Die Rechten sind jene, die gegen den Staat auf die Straße gehen, da dieser sie in ihren Grund- und Menschenrechten einschränke. Während jene sich als links bezeichnen, die zu Hause sitzen, vom Glauben an die Wissenschaft beseelt auf ihre Freiheitsrechte verzichten und freudig erregt auf die nächsten Lockdown-Direktiven der (bürgerlichen) Regierung warten, dabei kopfschüttelnd auf die dummen ‚Schwurbler‘ schimpfen.“

Verloren im eigenen Sieg

Natürlich karikiere und polemisiere ich stark. Doch wiederum nicht so stark, dass das gezeichnete Bild *Fake News* wäre.

Heute beobachten wir wieder einmal, dass rechte Parteien mit einer linksdrehenden Attitüde versuchen, im sozialen Gefilde der „werk tätigen Klassen“ zu fischen. So manche Fraktion so manch linker Partei unterstützt hingegen Bewegungen, die eine klar antisemitische Schlagseite haben. Rechtsextreme Gruppen applaudieren indessen, wenn Linksidentitäre andere Linke wegen „kultureller Aneignung“ boykottieren ...

Die Sitzordnung in der französischen Nationalversammlung wurde 1789 nach politischen Positionen – statt wie bisher nach Ständen – neugestaltet, und die Bezeichnungen *linke Seite* / *rechte Seite* haben sich für das politische Spektrum nach und nach durchgesetzt. Seither ist in regelmäßigen Abständen der altkluge Spruch zu hören: „Links und rechts sind überholte Begriffe, sie haben heute keine Bedeutung!“

Auf den ersten Blick scheint der Spruch zuzutreffen; es war wahrscheinlich noch nie so schwierig wie heute, die Linke zu verorten. Das Wort *Guerilla*, auch für die gewaltlosen Linken das Symbol der Befreiungskämpfe in der „Dritten Welt“, steht mittlerweile vornehmlich für aktionistische Stadtbegründung („Guerilla Gardening“) oder ungewöhnliche Produkt-Vermarktung („Guerilla Marketing“). Die Linke? Das ist die Hand, die zwar auf einen verborgenen kreativen Geist hinweist, aber unbeholfen und (eben) linkisch an der Seite hängt, um im besten Fall der rechten Hand zu assistieren. Viele sind sich darin einig, dass die Schwäche der Linken in Sachen Regieren und Ökonomie paradoxerweise mit ihrem Siegeszug in kulturellen und moralischen Belangen einhergehe.^[2]

Wurden linke Ideen, Begriffe und Haltungen zum Gemeingut vereinbart und somit allmählich hegemonial? Oder sind sie den real existierenden Linken auf ihrem langen Marsch durch die Institutionen einfach hinuntergefallen und verlorengegangen? Diese Frage mag Historiker*innen beschäftigen. Was politisch nützt, ist das Schärfen der eigenen Konturen, die Linke von Rechten unterscheiden.

Das ist allerdings kein einfaches Unternehmen. Denn sowohl linke wie auch rechte Politiken sehen gegenwärtig anders aus als etwa vor 50 Jahren. Hinzu kommt die Wechselwirkung; politische Gegensätze sind *agonistisch*, umkämpft, rechte Positionen bedingen linke Positionen und vice versa. Zudem geht es in der Politik oft weniger darum, wo man steht, als vielmehr, wohin man sich bewegt, und anders als in der geografischen Navigation fehlt dem politischen Kompass ein Polarstern.

Polarstern der Politik

Ein möglicher Weg wäre, *normativ* zu verfahren und Kriterien einzuführen, die das Linkssein definieren sollen. Viele Politiktheoretiker*innen erblicken im Prinzip der *Gleichheit* just einen solchen Polarstern, und doch ist Gleichheit ein relativer Terminus und wird in Ethikdebatten nicht selten vom Prinzip der *Gerechtigkeit* verdrängt^[3] – Gerechtigkeit ist ihrerseits kein exklusiv „linker“ Grundsatz.

Es wäre auch möglich, *historisierend* nach einem Kontinuum zu suchen, das in der Geschichte die Beständigkeit der Linken sichtbar werden ließe. Vermutlich würde sich linke Kontinuität vor allem darin zeigen, die vorhandene politische Ordnung verändern zu wollen – blöd nur, dass

dies auch die radikal rechte Politik (zumindest) zu versuchen vorgibt.

Denkbar wäre eine weitere Methode, die weder normativ noch historisch-retrospektiv, sondern *analytisch-prospektiv* verfährt. Man kann die Frage stellen, welche Ziele und Standpunkte eine linke Politik in der heutigen Weltlage notgedrungen für sich beanspruchen könnte: radikaler Klimaschutz, Verzicht auf umweltfeindlichen Konsum, Verweigerung einer bestimmten Lebensweise ... Warum eine solche moralisch überladene „Mission des Guten“ als links bezeichnet werden sollte (und nicht etwa als christlich), ist allerdings nicht selbst-evident.

Ich schlage als Vorgangsweise eine Mischung vor. Historisch, systematisch und konjunkturell, ohne jedoch normative Setzungen zu bemühen, will ich im Weiteren auf *Quellen* verweisen, aus denen sich die Linke auf kennzeichnende Weise speist. Als Analogie dient mir eine bemerkenswerte Schrift (ausgerechnet) von W. I. Lenin, die den Titel *Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus*^[4] trägt. In diesem kurzen Aufsatz versucht Lenin, die Lehre von Marx gegen bürgerliche Vorwürfe zu verteidigen:

„Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat.“

Die „drei Quellen und gleichzeitigen Bestandteile des Marxismus“ erörtert er sodann in seinem Text. In diesem – und nur diesem! – methodologischen Sinne will ich nun Lenin folgen und was er für den Marxismus untersucht, für die gesamte Linke versuchen.

Die Ständekämpfe in der Römischen Republik im 6. vorchristlichen Jahr-

hundert, die spätmittelalterlichen Bauernaufstände oder die nicht-europäischen Kämpfe zwischen Klassen respektive die gegen den Kolonialismus entstandenen Widerstände – all dies (und viel mehr) gehört ohne Zweifel auch zum historischen Repertoire der Kämpfe gegen die Herrschenden und bildet Referenzen für eine linke „Genealogie“. Dennoch möchte ich die Frage, was denn heute links sei, an der Französischen Revolution ansetzen – zumal, wie oben erwähnt, die Begriffsgeschichte darin ihren Anfang hat. Seither speisen drei wesentliche Quellen die Linke.

Quellen als Bestandteile

Erstens: Die sozialen Bewegungen des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts, die sich allesamt um die Kategorie *Klasse* formierten, entzündeten sich an der republikanisch-bürgerlichen Trias der Französischen Revolution, Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit (Solidarität). Im Emanzipationsziel der Aufklärung oder in Menschen-, Grund- und Freiheitsrechten erblickten diese sozialen Bewegungen zwar einerseits bürgerliche Phrasen. Andererseits übernahmen sie diese als Grundwerte mit dem Anspruch, sie im Sozialismus vollständig zu verwirklichen. Ohne Zweifel nährt sich die Linke auch heute, trotz der bitteren und schrecklichen Erfahrungen des Realsozialismus sowjetischer, chinesischer oder kambodschanischer Bauart, von dieser Quelle der (überwiegend marxistisch geprägten) „internationalen Arbeiterbewegung“.

Die „Klasse-Linke“ weist freilich von Sozialdemokratie über Sozialismus bis hin zu Kommunismus eine sehr breite Palette auf, die nicht nur hinsichtlich differenter Gesellschaftsmodelle, sondern auch hinsichtlich der Strategien und „Zwischenschritte“ divers ist. Dabei kommt vor allem den Fragen nach Gewalt, Staat und Machtübernahme eine große Bedeutung zu.

Trotz aller Unterschiede kann man doch summarisch von einer

^[1] Online: <https://bit.ly/3eHvb0s> (Stand: 12. 05. 2021).

^[2] Vgl. etwa die Beiträge in *Addendum*, Nr. 4, 2019 sowie *Kursbuch*, Nr. 173, März 2013.

^[3] Vgl. etwa Angelika Krebs (Hg.): *Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik*. Frankfurt/M. 2000.

^[4] Online: <https://bit.ly/33zUz1R> (Stand: 12. 5. 2021). Das russische Original erschien in der Zeitschrift *Prosweschtschenije* Nr. 3, 1913, zum 30. Todestag von Karl Marx.



einheitlichen Komponente der linken Bewegungen sprechen, welche die kapitalistische Produktionsweise mitsamt dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital sowie die Klassenkämpfe als Motor der Geschichte im Zentrum ihrer Gesellschaftskritik positioniert. Politische Ökonomie als Analyse-Ebene der Basis-Überbau-Verhältnisse, gerechte Umverteilung und „Arbeitskampf“ charakterisieren diese Quelle der Linken. Mag „die Theorie“ zur Doktrin und zum Dogma neigen. Mögen die erwähnten Umsetzungsversuche größtenteils abschreckend geendet haben. Mag auch die industrielle Produktion im globalen Norden inzwischen nur sporadisch sichtbar sein. Die Klassen sind heute ebenso wenig verschwunden wie die kapitalistische Produktionsweise – an Lieferketten und an Finanzmärkten wird manifest, dass wir es heute mit einem globalisierten Kapitalismus zu tun haben und dieser eine Gegenbewegung erfordert, die Klassenkämpfe zu erkennen weiß. Trotz ihrer historischen Mängel und Fehler.

Zweitens: Die späten 1960er Jahre waren von politischen Kämpfen gekennzeichnet, bei denen nicht eine Klasse mit historischer Mission (das Proletariat: die Abschaffung der Klassengesellschaft) als Zentripetalkraft fungierte, sondern die eigene soziale Gruppe. Die Klassen-

unterschiede zwischen den Mitgliedern der Gruppe wurden (jedenfalls vorerst) von historisch gewachsenen Diskriminierungs- und/oder Unterdrückungserfahrungen ihrer Angehörigen überlagert.

Die marxistische Linke hatte bis dato stets auf dem Standpunkt bestanden, Unterdrückungspraktiken wie Rassismus, Patriarchat oder Heteronormativität seien letztendlich partikuläre Nebenprodukte des kapitalistischen Systems und würden nach der Machtübernahme zusammen mit diesem verschwinden. Diskriminierung der Frauen etwa, somit auch der Interessengegensatz zwischen den Geschlechtern, bilde lediglich einen Nebenwiderspruch, der dem Hauptwiderspruch zwischen den Klassen respektive zwischen Arbeit und Kapital weichen müsse. Sonst drohe der Bewegung Gefahr, sich in Nebenbahnen zu verzetteln und zu spalten. Ein solcher Verweis konnte freilich diese neue Form der Politik nicht verhindern, die sich im Hier und Jetzt mit dem Gegner konfrontieren und durchwegs auch im bestehenden System auf Reformen hinarbeiten wollte – im Sinne der „sozialen Gerechtigkeit“.

Es war die Geburtsstunde der (später) sogenannten *neuen sozialen Bewegungen*, die seither auf die Anerkennung von Differenzen pochen, Forderungen gegen Unterdrückung/

Diskriminierung und für Rechte von Frauen, Schwarzen, Behinderten, ethnischen/kulturellen Minderheiten, Migrant*innen und LGBTIQ stellen sowie sich für Klimaschutz, Tierrechte, Gewaltlosigkeit und Anti-Autoritarismus einsetzen. In unseren Gesellschaften sind Rassismus, Patriarchat, Sexismus oder Heteronormativität strukturell verankert. Trotz aller Konflikte und Ärgernisse, die heute eine „identitäre Linke“ nach sich zieht¹⁵¹, sind daher die neuen sozialen Bewegungen mit an Differenz orientierten Politiken unumgänglich für eine linke Gesellschaftskritik und Gegenpolitik.

Konflikte und Versöhnungen

Folgerichtig versucht auch die Linke marxistischer Prägung, diese Form des Politischen mitsamt ihren Forderungen in die eigene Agenda zu integrieren: Anerkennung, Diversität, Identität/Differenz oder Gruppenrechte sind somit eine weitere Quelle geworden, aus der die Linke allgemein gespeist wird.

Dieser Prozess verläuft jedoch nicht immer harmonisch. Trotz aller Versuche auf beiden Seiten, die klassenzentrierte Politik mit der differenzzentrierten zu versöhnen, reiben die gegensätzlichen Entitäten immer wieder aneinander. Nachhaltige Lösungsvorschläge für das Dilemma lieferten vor allem Autorinnen* feministischer Theorie, etwa Iris Marion

¹⁵¹ Mein Beitrag *Politik der Zeichen* in der letzten Ausgabe der Stimme befasst sich u. a. mit diesen Problemen. Online: <https://bit.ly/3o9kwip> (Stand: 12. 5. 2021).

Young mit den „fünf Formen der Unterdrückung“ oder Nancy Fraser mit einem Modell, das Anerkennung mit Umverteilung in eine Kausalverbindung setzt.^[6]

Differenzen innerhalb der Differenz wiederum (etwa in der „Schwesterlichkeit“ aller Frauen gegen das Patriarchat) wurden vor allem von Schwarzen Frauen hineinreklamiert: Unabhängig vom sozialen Status oder von der rassifizierte Hautfarbe könne *Frau* kein politisches Subjekt bilden. Die Juristin Kimberle Crenshaw hat mit ihrem Vorschlag, Diskriminierungen in ihren Überschneidungen zu analysieren, einen Begriff und ein Konzept geprägt: *Intersektionalität*.^[7] Somit fand auch Klasse als ein „Diskriminierungsgrund“ quasi durch die Hintertür Eingang in das Hauptvokabular der „Differenz-Linken“. Im Kontext der sozialen Gerechtigkeit wird zunehmend vom Klassismus gesprochen – das ist zwar nicht ganz der marxistische Begriff, aber immerhin ist Klasse „wieder da“.

Trotz der zeitweiligen Versöhnung dieser Widersprüche und Rivalitäten bleibt die Spannung zwischen den beiden linken Quellen bestehen (Klasse oder Differenz? Welche Differenz? Welche Kombination von Differenzen? Welche Differenz determiniert in letzter Instanz?). Meines Erachtens dienen die grünen Parteien seit ihrer Gründung als Auffangbecken für beide soziale Bewegungsformen. An dieser Spannung scheinen sie aber auch langsam zu zerbrechen.

Die dritte Quelle

Ich habe bis jetzt nur die beiden, weitgehend bekannten Quellen der Linken erwähnt. Sie kommen mir manchmal wie zwei Geschwister mit entgegengesetzten Charakteren vor, die dennoch ohne einander

nicht existieren können. Vielleicht verbindet sie aber just die „anwesende Abwesenheit“ eines dritten Geschwisters. Dieses ist zwar kein Familiengeheimnis, wird aber kaum beachtet – oft auch wie ein Stiefkind behandelt. Man spricht von ihm oft in höchsten Tönen, aber lässt zugleich durchblicken, dass es „nicht von dieser Welt“ sei: ein verträumtes Kind der Macher-Familie. Ich rede von jener linken Tradition, die Autonomie, Herrschaftslosigkeit und Selbstverwaltung großschreibt und oft *Anarchismus* genannt wird.

Im Gegensatz zu den beiden ersten linken Quellen geht es dieser dritten nicht darum, die Herrschaft zu übernehmen und sie gegen die gerade Herrschenden zu wenden. Sie stellt die Herrschaft (und in einer „post-anarchistischen“ Version auch die Macht) *als solche* in Frage. Es geht ihr also nicht darum, die Macht zu übernehmen, sondern ihr überall, wo sie auftaucht, zu widerstehen. Diese Quelle ist sozusagen das *linke Missing Link* – das erforderliche Bindeglied zwischen verschiedenen Generationen und Formen der Linken.

Es gibt heute linke Gruppen, Parteien und Bewegungen, die eine oder zwei dieser Quellen als eigene Koordinaten begreifen. Mir ist allerdings keine bekannt, die sich alle drei Quellen zu eigen gemacht hätte. Vermutlich liegt es an diesem Mangel, dass die politische Himmelsrichtung „links“ zunehmend unspezifisch und weder mit noch ohne Kompass auffindbar wird.

Ich glaube tatsächlich, dass die Linke erst dann wieder scharfe Konturen haben wird, wenn es ihr gelingt, alle drei hier aufgezählten Quellen als ihre Bestandteile zu verstehen und sie auf eine spezifische

und zeitgerechte Weise miteinander zu verknüpfen. Sich aus diesen Quellen speisen zu lassen, bedeutet nicht, alle drei Politiktraditionen kritiklos zu übernehmen und wie Stoffflicken eklektisch aneinanderzunähen. Die Widersprüche und Spannungen zwischen den drei Quellen können nur in einer selbstkritischen und permanent reflektierten politischen Praxis in ein produktives „Gemisch“ münden, das wieder eine Linke mit Konturen hervorbringen kann.

Hinzu kommt die „dunkle Seite“ dieses Erbes, mit dem sich die Linke viel kritischer auseinandersetzen muss. Wie das Marx-Zitat im Eingang besagt, müssen die Sünden für das erklärt werden, was sie sind – damit sie vergeben werden können. Die Liste der „linken Baustellen“ ist etwas länger als die drei zu rezipierenden Quellen: Die Aufarbeitung der eigenen Geschichte, die wohl nicht erst mit Stalin plötzlich ihre „bösen“ Züge bekommen hat, gehört ebenso dazu wie die Abrechnung mit dem „hauseigenen“ Antisemitismus, Eurozentrismus, Etatismus und Nationalismus. Schließlich ist auch der Umgang mit der Gewalt eine Wunde, die einmal richtig aufgekratzt gehört.

Nachwort: Klingt das Ganze hier nach der Anmaßung eines Rezepterstellers, so war das keineswegs beabsichtigt. Einfache Fragen (wie etwa: „Was ist heute links?“) haben den Anschein des Hochmuts so an sich. Geschätzte Lesende mögen dieses Essay trotz seiner thematischen Vermessenheit wie einen Wunschzettel aufnehmen, den ein leidgeprüfter Getriebener als Flaschenpost dem Wasser überantwortet – so wie ein Kind seinen Wunschzettel an den Weihnachtsmann adressiert. Sei es auch nur, um irgendwann ohne Zögern sagen zu können: „Ich bin ein Linker!“

^[6] Iris M. Young: Five Faces of Oppression, in: Justice and the Politics of Difference. Princeton 1990: 36–65. Nancy Fraser: Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik, in: Nancy Fraser / Axel Honneth: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/M. 2003: 15–128.

^[7] Kimberle Crenshaw: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. 1989. Online: <https://bit.ly/3eFy1TX> (Stand: 12. 5. 2021). Auch die von der *Initiative Minderheiten* forcierte politische Konzeption der *Minoritären Allianz* steht in einer Art Wahlverwandtschaft zur Intersektionalität.

Hakan Gürses ist wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

Linksextrem und linksideologisch

Stigmatisierung

durch
die
„Mitte“



Im Oktober 2019 kam es an der Universität Hamburg zu einer massiven Störung der Vorlesung des AFD-Mitbegründers Bernd Lucke durch Studierende. Wie diese Störung auch immer beurteilt werden mag, sie veranlasste den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zu einer öffentlichen Stellungnahme. Er rief zum Respekt vor Andersdenkenden auf und meinte den Respekt für Bernd Lucke. Hamburgs Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) und die Wissenschaftsministerin Anja Karliczek (CDU) warnten vor einer Verengung des Diskurses. Was auffällt: Wer von rechter Seite attackiert wird, kann in der Regel mit solch hoheitlicher Solidarität seitens der Politik und Hochschulen nicht rechnen.

Die Sache ist komplex. Die Schwierigkeit beginnt bereits bei der Frage, was „links“ im politischen Sinne bedeutet. Zu fragen ist zudem, welche Bedeutungen den Begriffen „linksextrem“ und „linksideologisch“ zukommen. Überdies gilt es zu überlegen, aus welcher politischen – oder unpolitischen – Ecke heraus das *Labeling* geschieht. Und dann ist noch zu bedenken, aus welchen Gründen stigmatisierend markiert wird. All diese Fragen werden wir hier nicht im Detail beantworten können. So sollen unsere Gedankensplitter vielmehr

dazu aufrufen, über Dynamiken nachzudenken, die nicht selten in unschönen Polarisierungen münden.

Links im politischen Sinne?

Ein kurzes Brainstorming darüber, was alles als links gilt, führt zu einer Vielzahl von Assoziationen. Uns fallen die politischen Parteien „Die Linke“ in Deutschland und „Links“ auf der Gemeinde- und Bezirksebene in Wien ein. Rasch denken wir an unterschiedliche kommunistische und anarchistische Gruppen, aber auch

an die autonomen linken Gruppen im Kontext des Antirassismus oder des Feminismus. Links im politischen Sinne meint auch Personen, Gruppen, Communitys oder Parteien, die sich gegen rechts im politischen Sinne abgrenzen. Als „Linke“ galten in Österreich Personen zumeist jüngeren Alters, die sich Ende der 1970er Jahre gegen die Atomkraft, für Frieden und den Erhalt von Außenlandschaften einsetzten. In jüngster Zeit gelten auch Gruppen oder Communitys als links, die mit dem Begriff „Identity Politics“ und/oder

mit „Cancel Culture“ in Verbindung gebracht werden. Zu den Linken werden überdies – unabhängig von ihrer eigenen politischen Verortung – Personen gezählt, die sich gegen Diskriminierung und für Menschenrechte, Inklusion, Partizipation und plurale Demokratie einsetzen.

Wie unterschiedlich diese Gruppen und Einzelpersonen auch sein mögen, die negative Markierung als „linksideologisch“ oder „linksextrem“ ist ihnen gemeinsam. Wir befinden uns mitten in einem politischen Kampf darüber, was nach welchen Kriterien und wie gelabelt wird. Dieser Kampf um die Deutungshoheit lässt sich nur aus der Analyse bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse heraus verstehen: Die jeweiligen Diskutierenden verfügen nämlich mitnichten über die gleichen Voraussetzungen – und wer über mehr Macht verfügt, ist offensichtlich.

Wir befassen uns hier nicht mit Linksextremismus und der damit verbundenen Linksideologie. Wird Linksextremismus als Begriff verwendet, um Handlungen anzuzeigen, die sich gegen die demokratische Verfassung richten und für das Ziel einer egalitären Gesellschaft de facto Gewalt in Kauf nimmt, so wäre die Sache aus unserer Perspektive einfach: Wir sind gegen Gewalt. Weder eine wörtlich noch metaphorisch gemeinte Haltung im Sinne von „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“, wie es im diktatorischen Realsozialismus hieß, ist in unserem Sinne.

Stigmatisierung durch die „Mitte“

Wir befassen uns mit Zuschreibungen in Bezug auf Sprach-/Handlungen, die auf jene treffen, die mit Gewalt nichts zu schaffen haben. Was uns dabei interessiert, sind nicht rechtsextremistische oder rechtspopulistische Diffamierungen. Die Absichten im Korsett völkisch-

nationaler Positionen sind uns klar. Uns interessiert vielmehr das *Labeling* seitens der Personen, die sich selbst nicht als rechtsextrem und/oder rechtspopulistisch einstufen. Wir strapazieren den Begriff „Mitte“, um diese Menschen zu bezeichnen; ein Begriff, den wir zugleich einer kritischen Betrachtung unterziehen werden.

Zur Veranschaulichung, um welche Zuweisungen es dabei geht, hier drei Beispiele:

- **Schauplatz Universität:** Ein_e Professor_in spricht in einem Seminar das „N-Wort“ aus. Einige Student_innen machen sie_ihn auf den rassistischen Gehalt des Begriffs aufmerksam. Die Zuschreibung an die Student_innen: Sie seien linksextrem. Nicht immer wird der Begriff direkt ausgesprochen, schwingt aber im Nicht-Gesagten häufig mit. Beispielsweise in einem offenen Brief, in dem beklagt wird: „Während wir dies von den radikalen Rechten nicht anders erwarten, breitet sich auch in unserer Kultur zunehmend eine Atmosphäre von Zensur“ aus.^[1] Dieser Brief mit dem Titel „Widerstand darf kein Dogma sein“ wurde „für mehr Liberalismus in den Debatten“ von 153 „Intellektuellen“ unterschrieben, die machtvoll den Diskurs mitbestimmen. Was bei derartigen offenen Briefen über die angeblich eingeschränkte Meinungsfreiheit auffällt: Die vermeintlichen Verursacher_innen werden sehr oft im linken Spektrum angesiedelt.
- **Schauplatz Wirtschaft:** Anfang März 2021 wurde in Deutschland der Entwurf für ein Lieferkettengesetz verabschiedet, mit dem Unternehmen verpflichtet werden, ihre Direktlieferanten auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards hin zu prüfen. Von mancher Seite als zu schwach kritisiert, insofern es jenen, die am Beginn der Kette stehen, weder Menschenrechte noch Menschenwürde zusichert, kritisieren andere aus der Sicht der Wirtschaft, dass der Gesetzesentwurf „linksideologisch“ sei. So fordert

der Wirtschaftsrat der CDU, dass das „Lieferkettengesetz im Bundestag gestoppt werden“ müsse und spricht von „linksideologischen Themen“, die der Entwurf beinhalten würde.^[2] Menschenrechte als linksideologische Themen?

- **Schauplatz Soziale Arbeit:** Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in Hamburg erhielten im Jahr 2020 von behördlicher Seite einen Fragebogen, in dem sie Auskunft über „eine linksradikale Ausrichtung der Besucher*innen in Hamburger Jugendeinrichtungen“ geben sollten. Davor war in den Jahren 2014 und 2017 nach „rechtsradikaler sowie fundamentaler, konfrontativer islamischer oder menschenfeindlicher Ausrichtung“ gefragt worden.^[3] Irritierend ist hier die Gleichsetzung des Islamismus und Rechtsextremismus mit einer „linksradikalen Einstellung“, was die OKJA-Einrichtungen zurecht problematisierten.

Diese unterschiedlichen Beispiele haben etwas gemeinsam: Es geht um die Diffamierung von Anliegen respektive Personen, denen Antidiskriminierung und Menschenrechte ein Bedürfnis sind, als linksextrem bzw. linksideologisch. Hinter dieser Auffassung steckt nicht selten die sogenannte Hufeisentheorie. Diese Theorie teilt – mindestens seit der Weimarer Republik – die politischen Positionen auf einem Hufeisen ein, polarisiert zwischen „links und rechts gemäßigt“ sowie „links-extrem extremistisch und rechts-extrem extremistisch“ und weist die sogenannte „Mitte“ als neutral in Bezug auf Extremismus aus. Die dahinterliegende Idee: Die beiden Extremismen seien einander insbesondere durch den Einsatz von Gewalt näher als jeweils der sogenannten gemäßigten „Mitte“. So wird Linksextremismus mit Rechtsextremismus gleichgesetzt, was weder historisch – denken wir an den Nationalsozialismus – noch gegenwärtig – denken wir an die rechtsextremistische Intention, die plurale Demokratie zugunsten völkisch-nationaler Staaten

^[1] <https://bit.ly/3vUBGD8> (Stand: 13. 5. 2021).

^[2] <https://bit.ly/2RTptj9> (Stand: 13. 5. 2021).

^[3] <https://bit.ly/3uLI92W> (Stand: 13. 5. 2021).

abzuschaffen – begründbar ist. Wird eine Debatte über Rechtsextremismus geführt, so erfolgt zurzeit recht schnell der Einwurf: „Aber wir müssen auch über Linksextremismus reden.“ Hier zeigt sich das sogenannte *What-Aboutism*, ein rhetorisches Ablenkungsmanöver, in dem der Rechtsextremismus – bewusst oder unbewusst – verharmlost wird.

Schleichende Übernahme des rechten Denkens

Vergegenwärtigen wir uns an dieser Stelle das Beispiel mit dem Lieferkettengesetz. Aus wirtschaftlicher Perspektive in kapitalistischer Manier geht es um Profit und Profitmaximierung, sodass es sehr eindeutig ist, was an diesem Anliegen stört: der mögliche Profitverlust. Beim universitären Beispiel scheint die Antwort darauf nicht so einfach zu sein, warum an der Verwendung des rassistischen Ausdrucks festgehalten wird. Wenngleich Aussagen wie „Ich bin so aufgewachsen und habe immer so geredet“, „Es ist mein Lehrraum und hier darf ich sprechen, wie ich will“ oder „Man muss doch darüber diskutieren dürfen“ nicht selten dokumentiert werden, reichen sie als Erklärung nicht aus. Möglicherweise wäre die Formulierung „Ich will rassistisch sein dürfen“ deutlicher. Bleiben wir bei dieser These, so lässt sich folgender Gedanke nicht von der Hand weisen: Die Deformierung als „linksextrem“ zielt darauf hin, das Thema – und die selbstreflexive Auseinandersetzung mit ihm – vom Tisch zu wischen. Ein gelungener Streich, wäre da nicht die Nähe zu rechtsextremistischen Äußerungen, wie wir sie auch von diffamierenden Bezeichnungen wie „Gendergaga“ und „Genderideologie“ in Bezug auf Geschlechtervielfalt, Gender Mainstreaming etc. kennen. Das Problem ist nicht die Angst, in die „rechte Ecke“ gestellt zu werden. Das eigentliche Problem ist die schleichende Übernahme des rechten Denkens, ohne es zu bemerken oder bemerken zu wollen.

¹⁴⁾ The Combahee River Collective Statement 1977 by Combahee River Collective: <https://bit.ly/3tEwem9> (Stand: 13. 5. 2021).

Identitätspolitik als Handlungsstrategie gegen Diskriminierung

Im Zuge der diffamierenden Markierung oben beschriebener Gruppen und Personen als links und linksextrem wird die Rede von „linker Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“ immer lauter.

Der Begriff Identity Politics im Zusammenhang mit den neuen sozialpolitischen Bewegungen wird auf das „Combahee River Collective“ zurückgeführt, einem Kollektiv Schwarzer, lesbischer Frauen, gegründet 1974 in Boston. Im Kampf gegen Rassismus, Sexismus/Heterosexismus und Klassismus und aufgrund ihrer Mehrfachdiskriminierung hielt das Kollektiv fest, dass sie selbst die Einzigen seien, die für ihre Rechte eintreten und gegen Diskriminierung kämpfen. Die Konzentration auf die eigene Diskriminierung sei im Konzept der Identity Politics verkörpert. Eine radikale Politik gegen Diskriminierung könne, so die Argumentation, nur aus der eigenen Identität hervorgehen.¹⁴⁾ Die Einsicht, dass der Kampf gegen Rassismus, Sexismus/Heterosexismus und Klassismus nur von jenen getragen werden muss, die selbst davon getroffen sind, führte zur Bildung von unterschiedlichen identitätspolitischen Gruppen. Diese Einsicht werden heute viele bestätigen, die von Antisemitismus, Antiromaismus/Antisintiismus, Rassismus (wie Anti-Schwarzer Rassismus, Anti-Asiatischer Rassismus, Anti-Slawischer Rassismus etc.), Ableismus, Sexismus/Heterosexismus, Homo- und Transmisoismus, Klassismus etc. getroffen sind. Auch wenn sich mittlerweile viele, die selbst keine Diskriminierung erfahren müssen, dagegen auftreten, ist eine Veränderung struktureller Verankerungen nicht in Sicht. Mit anderen Worten: Personen, die der Dominanzgesellschaft angehören, liegt nicht viel daran, strukturelle Diskriminierung als Ineinanderwobenheit von individueller, institutioneller (inklusive rechtlicher) und kultureller diskriminierender Praxen (Czollek etc. al 2019: S. 16)

abzuschaffen. Historisch wie gegenwärtig ist es das eigene Getroffensein, das zu einem wesentlichen Teil der eigenen Identität geworden ist. Heute sind es vor allem LGBTQ und BIPOC (Black, Indigenous, People of Color), die aufbegehren. Andere von diskriminierenden Praxen getroffene Personen und soziale Gruppen (wie Roma_Romnija, Sinti_ze, Jüdinnen_Juden, Menschen mit Beeinträchtigungen, von Klassismus betroffene Menschen etc.) werden immer noch kaum gehört. Identitätspolitik zu betreiben, bedeutet per se noch nicht, „Cancel Culture“ zu betreiben, also Menschen, die sich diskriminierend artikuliert und/oder so gehandelt haben, systematisch zu diffamieren, bis ihre Karriere oder gar Existenzgrundlage gefährdet ist. Es bedeutet auch nicht per se, sich dem linken politischen Spektrum zuzuordnen. Mit Linksextremismus im Sinne der obigen Definition hat ein Handeln aufgrund einer eigenen Getroffenheit schon gar nichts zu tun. Damit bestreiten wir nicht die Existenz von „Cancel Culture“-Praxen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern wie Kunst, Kultur und Bildung (Hochschulen/Universitäten) finden und die wir nicht befürworten. Wir plädieren vielmehr dafür, dass das Eintreten für eigene Belange und Rechte nicht per se mit „Cancel Culture“ in Zusammenhang gebracht und abgetan wird.

Sich „aus der Mitte heraus“ gegen ein identitätspolitisch motiviertes Eintreten für antidiskriminierende Praxen zu verwehren, bedeutet, das Faktum struktureller Diskriminierung in Kauf zu nehmen und weiter zu (re)produzieren. Dass dies keineswegs harmlos ist, zeigen die Charakteristika von Diskriminierung: die Anwendung von Gewalt, die Ausübung von Macht und Erzeugung von Machtlosigkeit, die Durchsetzung hegemonialer Kulturvorstellungen, Praxen von Ausbeutung, Praxen von Marginalisierung und Prozesse der Exklusion (Czollek et. al 2019: S. 26f.). Diskriminierende Sprache ist „nur“ ein Ausdruck davon. Jenes Verwehren der „Mitte“ bedeutet aber auch, zu verschleiern,

dass selbst identitätspolitisch gelebt, gesprochen, gehandelt, aber auch diffamiert und diskriminiert wird – nicht nur sprachlich. Angehörige einer Dominanzkultur sind in ihrem „Wir“ selbst identitätspolitisch. Als Beispiel dafür kann der Vorstoß von Wolfgang Thierse herangezogen werden, einem Urgestein der deutschen Sozialdemokratie, der sich in einem öffentlichen Statement zum Opfer der Debatten um Teilhabe stilisiert hat. Für Thierse geht die immer weiter ausdifferenzierte Forderung nach Partizipation an den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern zu weit. Er postuliert: „Ich bin mittlerweile zum Symbol geworden für viele normale Menschen, die ihre Lebensrealität nicht mehr gespiegelt sehen in der SPD, die unsicher sind, was sie noch sagen dürfen und wie sie es sagen dürfen.“^[5] Auch eine Form von Identitätspolitik und eine Festlegung dessen, wer „normal“ ist – nur eben von, wie wir sie nennen, *Einnormalisierten*. Und aus dieser Ecke ein trauriger Höhepunkt: Die „immer skurrileren Minderheiten“ nerven.^[6]

Die Problematik von Identitätspolitik

Jeweils mit einer anderen Wirkmächtigkeit ausgestattet, basieren identitätspolitische Gruppen auf ähnlichen Mustern wie eine identitätspolitische Dominanzkultur, aber mit anderen Auswirkungen: Es ist ein Denkschema, das auf die griechische Antike, namentlich auf Aristoteles, zurückgeht und Identitätslogik genannt wird. Hier geht es um ein polarisierendes und dichotomes Denken, in dem auf der einen Seite ein positiv bewertetes „Wir“ und auf der anderen Seite ein negativ bewertetes „Ihr“ platziert wird (siehe dazu Perko 2020: S. 79–90). Damit einher gehen Prozesse des *Othering*, die eine der Grundlagen von Diskriminierung darstellen. Per se sind hier Abwertungs- und Ausgrenzungsmechanismen im Spiel. Identitätspolitische Rechtsextreme wie z. B. die

^[5] <https://bit.ly/3uLlJay> (Stand: 13. 5. 2021).

^[6] <https://bit.ly/3hnSyyc> (Stand: 13. 5. 2021).

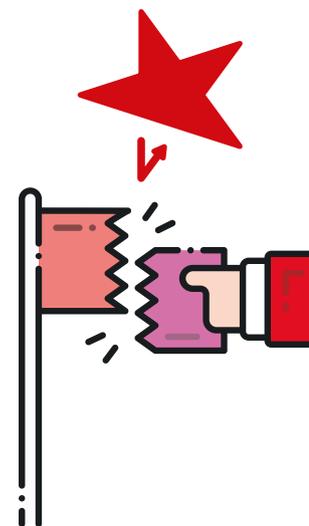
„Identitären“ spitzen das „Wir“ und „die Anderen“ im Hinblick auf ihre völkisch-nationale Ideologie zu, in der niemand mehr Platz hat als ihresgleichen. Damit können weder linke identitätspolitische Gruppen noch andere verglichen werden, deren Anliegen eine plurale Demokratie ist.

Sehen wir uns verschiedene Gruppen an, die im Sinne der Identitätspolitik agieren, so lässt sich ein Faktum nicht von der Hand weisen: Im Aufbegehren gegen jene Diskriminierung, von der die Angehörigen einer Gruppe oder Community getroffen sind, bekämpft sich so manche gegenseitig (auch „Cancel Culture“ macht zwischen ihnen nicht halt). Bündnisse sind hier nicht möglich (zu Bündnissen, siehe Czollek/Perko 2020). Ein Grund liegt im Denkschema, auf das identitätspolitisches Handeln basiert. Es verfestigt in seiner Polarisierung und bewertenden Hierarchisierung die jeweils eigenen Diskriminierungserfahrungen als die furchtbarsten. In einer Zeit, in der wir Bündnisse brauchen, um gegen jede Form von struktureller Diskriminierung aufzubegehren und um Gefahren zu begegnen, die von rechtsextremistischer, völkisch-nationaler Seite ausgehen, ist diese Dynamik nicht hilfreich. Denn im Vergleich zu Angehörigen der sogenannten Mitte, die jegliches Anliegen, gegen Praxen von Diskriminierung anzugehen, als linksextrem und linksideologisch abstempelt, sitzen wir alle im gleichen Boot, ungeachtet wer von welcher Diskriminierungsform getroffen ist.

Ausblick

In unseren Reaktionen sind wir immer noch Zaungäste. Wir müssen lernen, unsere eigenen Handlungs- und Diskursräume zu eröffnen und auszuweiten. Dazu gehört, dass wir, die durch solche Zuschreibungen weiter marginalisiert werden, uns entscheiden, im tiefsten Sinne Verbündete füreinander zu werden und unser eigentliches Anliegen anzugehen, nämlich jede Form von Diskriminierung zugunsten einer pluralen Demokratie abzuschaffen. Das geht

über Bündnisse weit hinaus. Dazu laden wir auch Personen aus der „Mitte“ ein.



Literatur

Combahee River Collective (1982): A Black Feminist Statement. In: Hull, Gloria T.; Scott, Patricia Bell; Smith, Barbara (Hrsg.): *But Some of Us Are Brave*. Black Women's Studies. Old Westbury, S. 13–22.

Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun/Czollek, Max/Kaszner, Corinne (2019): *Praxishandbuch Social Justice und Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen* (2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage), Weinheim/Basel.

Czollek, Leah Carola/Perko, Gudrun (2020): Ein Manifest zur konkreten Utopie Radical Diversity. In: Perko, Gudrun: *Social Justice und Radical Diversity: Veränderungs- und Handlungsstrategien*, Weinheim/Basel, Beltz/Juventa: S. 91–98.

Perko, Gudrun (2020): *Social Justice und Radical Diversity: Veränderungs- und Handlungsstrategien*, Weinheim/Basel, Beltz/Juventa.

Leah Carola Czollek ist Leiterin und Mitbegründerin des Instituts „Social Justice und Radical Diversity“.

Gudrun Perko ist Professorin für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Potsdam und Mitglied des Institutes „Social Justice und Radical Diversity“.

Institut Social Justice und Radical Diversity: <https://institut-social-justice.org>



Die Linke:

Perspektiven, Gefahren, Alternativen

Links ist, was die SPÖ ist.“ Das war lange Zeit die Devise. Wie sich das Verständnis davon, was als links gilt, historisch gewandelt hat, warum sich neue linke Wahlbündnisse so schwertun, Fuß zu fassen, und dass links nicht automatisch antirassistisch bedeutet, erklärt Politikwissenschaftler Benjamin Opratko im Gespräch mit Julia Schönherr.

Für die gegenwärtige Krise der Linken bzw. das Fehlen einer linken Programmatik wird oft ihre Identitätspolitik auf Kosten der sozialen Frage verantwortlich gemacht. Was meinen Sie dazu?

Man muss das in den richtigen historischen Kontext stellen. Ab Ende der 1980er Jahre hat sich die sozialdemokratische Linke nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland und in Großbritannien inhaltlich gewandelt. Der globale Kapitalismus hatte sich durchgesetzt. Für Parteiführer wie Tony Blair, Gerhard Schröder oder Viktor Klima in Österreich ging es nun um Chancengleichheit – und nicht mehr um die Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Das war verbunden mit der Einschätzung, dass die traditionelle Wähler*innenbasis, die ihren Kern in der Industriearbeiter*innenschaft hatte, zahlenmäßig unwichtiger wurde. Es galt, den Dienstleistungssektor und die neue Mittelklasse zu gewinnen, also Menschen in Großstädten mit einem höheren Bildungsstand, von denen man annahm, sie seien an anderen als an Klassenfragen interessiert. Das war innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung mit

einem Entwicklungsoptimismus und einem Marktvertrauen verbunden. Die Linken übernahmen das liberale Argument, dass der Markt die Dinge schon regelt.

Das ist die große historische Wassertrennung der linken Politik in den letzten Jahrzehnten – nicht der nun häufig inszenierte Gegensatz von Klassen- und Identitätspolitik. Die Abkehr der Sozialdemokratie von der Klassenpolitik geschah nicht zugunsten einer Identitätspolitik. Sie hatte sich vielmehr einer Variante des Neoliberalismus verschrieben und sich damit auch eine liberale Vorstellung von Diversität angeeignet. In dieser Zeit wurde repräsentierte Diversität extrem wichtig – man schaute darauf, dass Aufsichtsräte, Werbeplakate und Fernsehprogramme möglichst vielfältig besetzt werden. Es ging um Anerkennung, aber nicht mehr um Umverteilung.

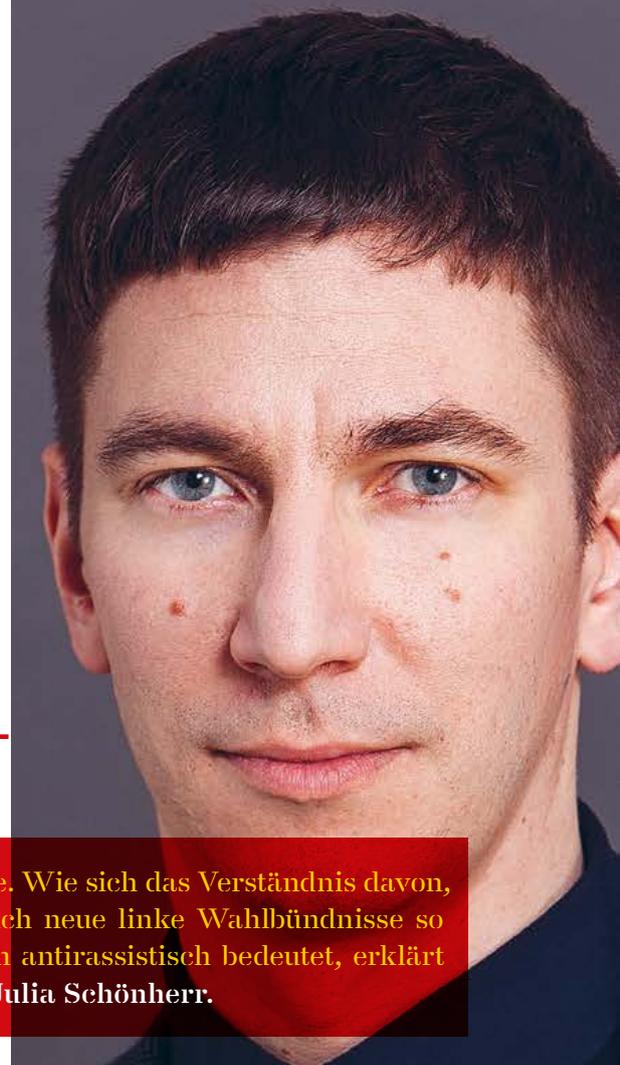
Gibt es also ein altes und neues Links?

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von links zu einer Verschiebung: Mit den sozialen Bewegungen der 1970er und

-80er Jahre im Rücken erweiterte sich das linke Selbstverständnis. Und zwar von Klassenfragen, ökonomischen Interessen und dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit hin zum Begehren nach einer Liberalisierung der Gesellschaft, dem Kampf gegen restriktive patriarchale Normen und der Frage der Individualität. Seither werden diese Themen in der breiten Bevölkerung immer stärker mit links verbunden. Links bedeutet heute weniger, die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern zu vertreten als Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Freiheit und liberale Auslegung gesellschaftlicher Normen.

Warum gibt es in Österreich keine Kräfte links der SPÖ?

Die Sozialdemokratie in Österreich hatte im Vergleich zu anderen europäischen Ländern von Anfang an einen sehr ausgeprägten Anspruch, das gesamte linke Spektrum in sich selbst zu repräsentieren – frei nach der Devise „Links von uns soll es nichts geben“. Dafür war die SPÖ bereit, durchaus radikale Interessen und Programmatiken zu beherbergen. In der ersten Republik war das etwa der linke Flügel mit Max Adler und Otto Bauer, die mit dem



Austromarxismus einen dritten Weg zwischen sozialistischer und kommunistischer Bewegung gesucht haben. Bis 1934 hatten sie dabei große Gestaltungsmacht im Roten Wien. Nach 1945 herrschte in der SPÖ ein rabiater Antikommunismus. Der Oktoberstreik 1950, der von sozialdemokratischen Gewerkschaftlern niedergeschlagen wurde, zeigt, dass die Sozialdemokratie alles tat, um Kräfte links von ihr zu verhindern. Es gelang der Partei aber auch, Aufbruchsbewegungen nach den 1968er Jahren zu integrieren. Speziell in der Kreisky-Ära hieß es: Wir wollen eure Innovationskraft, eure Ideen und wir wollen ein Stück des Weges gemeinsam gehen. Auch den Jugend- und Studierendenorganisationen wurde viel Platz gelassen. Die Kehrseite dieses integrativen Ansatzes war jedoch, dass die Aussteiger unbarmherzig und kompromisslos bekämpft wurden, wie etwa im Fall des Verbands sozialistischer Mittelschüler in den 1970er Jahren. In Wien herrschte die SPÖ und wer nach links von der Partei ausscherte, hatte mit persönlichen Konsequenzen zu rechnen.

Die revolutionäre Linke kann von der Krise der sozialdemokratischen Parteien nicht profitieren, warum?

Europäische Parteien links der Sozialdemokratie sind in zwei Phasen entstanden: Ab den 1990er Jahren, als sozialdemokratische Parteien hauptsächlich neoliberale Politik machten, wurde etwa die *Partito della Rifondazione Comunista* in Italien erfolgreich und in Deutschland gründete sich die *WASG* als linke Abspaltung von der Sozialdemokratie, aus der wenig später durch die Fusion mit der *PDS* die Partei *Die Linke* entstand. In der zweiten Phase nach der Wirtschaftskrise 2008 entstand etwa *Podemos* in Spanien; die griechische *Syriza* entwickelte sich von einem kleinen linken Bündnis zur größten Partei des Landes. In Österreich passierte bislang nichts Vergleichbares. Das liegt auch daran, dass es kaum etablierte Strukturen gibt. Ich würde auch sagen, einer radikaleren Linken fehlt es an einer positiven Programmatik, um Fragen der Vermögenskonzentration, Klimakrise und Wohnungskrise anzugehen. Linke sind sehr gut darin, Probleme zu benennen, aber nicht besonders gut darin, Lösungsansätze aufzuzeigen. Ausnahmen finden wir auf kommunaler Ebene mit der Grazer KPÖ und – in Anfängen – mit der

Partei *Links* in Wien, die bei der letzten Wahl 23 Bezirksratsmandate gewinnen konnte.

Laut Wahl-Orientierungshilfen wie „wahlkabine.at“ finden Inhalte linker Kleinparteien viel Zustimmung, gewählt werden sie aber nicht. Warum ist das so?

Wenn Wähler*innen keine Chance für die Durchsetzung ihrer Interessen sehen, wählen sie statt linken Kleinparteien das „mindere Übel“. Es gibt ganz wenig Durchsetzungsperspektiven für Anliegen, die durchaus viele Leute haben. Dazu kommt, dass es in Österreich kaum Erfahrungen mit der außerparlamentarischen Opposition gibt. Letztlich beißt sich die Katze in den Schwanz: Menschen wählen Parteien, deren Inhalten sie zustimmen, doch nicht, weil sie glauben, dass diese keine Chance haben, ins Parlament zu kommen. Und die Parteien kommen nicht ins Parlament, weil die Leute, die ihren Inhalten zustimmen, sie nicht wählen.

Die einzige Ausnahme ist die KPÖ Steiermark, die nicht nur mit zehn Mandaten als zweitstärkste Partei im Grazer Gemeinderat sitzt, sondern auch im Landtag vertreten ist. Was macht sie anders?

Die KPÖ Steiermark hat über einen langen Zeitraum geduldig Aufbauarbeit betrieben. Sie bekam ein historisches Möglichkeitsfenster, als sie 1998 mit Ernest Kaltenegger den Wohnungsstadtrat stellte. Das hat sie strategisch genial genutzt und sich als „Kümmerer-Partei“ etabliert. Inhaltlich ist die KPÖ eine sozialdemokratische Partei und hat eine Lücke gefüllt, die die SPÖ hinterlassen hat. Der Erfolg der KPÖ Steiermark ist ein sehr lokales Projekt geblieben. Ich finde es erstaunlich, dass bisher nie versucht wurde, diese Erfahrungen auf eine bundespolitische Initiative umzulegen.

Welche Herausforderung sehen Sie heute für die Linke?

Wenn die Linke zur Repräsentantin für Leute wird, denen es im Grunde gut geht, die sich aber aus moralischer Überzeugung für andere einsetzen, denen es nicht so gut geht, hat sie ein Problem. Die Linke war historisch die Selbstvertretung von Leuten,

die von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind. Wenn sie diese Aufgabe nicht mehr erfüllt, dann verliert sie ihre Existenzberechtigung.

In den letzten Jahren hat sich verstärkt eine migrantische und antirassistische Linke formiert.

In Deutschland geht die Entstehung einer migrantischen Linken weit zurück – von den Arbeitskämpfen sogenannter Gastarbeiter in den 1960er und -70er Jahren über Initiativen wie *Kanak Attak* in den 1990ern bis zur *Migrantifa* heute. Vor allem nach der Selbstenttarnung des NSU und dem Anschlag in Hanau hat sich die migrantische Linke in Deutschland klarer formiert und organisatorisch Ausdruck gefunden. In Österreich gibt es Tendenzen und Ansätze dazu. Das sind Linke, die ihre Erfahrung als Migrantinnen und Migranten und als von Rassismus Betroffene einbringen und fordern, dass ihre Lebensrealitäten zur Kenntnis genommen werden. Ich habe den Eindruck, dass diese Menschen verstärkt eine Rolle in der Politik und auch in linken Organisationen spielen.

Ist links automatisch antirassistisch?

Das sollte so sein, ist es aber nicht, auch historisch nicht. Es gab immer einen Kampf um Rassismus und Antirassismus innerhalb der Linken. Wenn man Rassismus als ein gesellschaftliches Strukturprinzip versteht, das unsere Gesellschaft prägt, ist der Streit um den Umgang damit unvermeidlich – auch in der Linken. Darum ist es so wichtig, dass Linke sich mit Rassismus auseinandersetzen – mit Rassismuserfahrungen, Rassismustheorien und der Geschichte des Rassismus. Linke sind nicht automatisch antirassistisch. Aber linke Organisationen, Parteien und Bewegungen können Orte sein, wo antirassistische Kämpfe gemeinsam und solidarisch geführt werden. —

Benjamin Opratko ist Post-Doc Researcher am Institut für Politikwissenschaften und Redakteur der Monatszeitschrift *Das Tagebuch*. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rassismus, Rechtspopulismus und internationale politische Ökonomie.

Julia Schönherr studierte internationale Entwicklung und ist freie Journalistin in Wien.

Naturalisierung

★ sozialer ★

Verhältnisse

Geschlecht, Sexualität und Familie im Fokus rechter Politik

In den letzten Jahren entdeckten rechte politische Akteur*innen ein neues Feindbild. Die sogenannte „Gender-Ideologie“ – gemeint sind alle Formen von Feminismen, Gleichstellung und liberalen Sexualpolitiken – schaffe „geschlechtslose Menschen“ und zerstöre Familien. Dagegen werden im Kampf um die Verteidigung von Privilegien „Natur“ und „Normalität“ ins Feld geführt.

Feminist*innen wissen es längst: Man kommt nicht als Frau zu Welt, man wird es. Das gilt natürlich auch für Männer. Oder anders formuliert: Geschlecht ist keine innere Wahrheit des Menschen, die – einmal erkannt – ein Leben lang gültig bleibt, sondern ein Effekt unseres „Tuns“. Frau sein/Mann sein lässt sich als sedimentierte Geschichte geschlechtsspezifischer Praktiken verstehen, mit denen wir uns zur Frau / zum Mann machen bzw. dazu gemacht werden. Queer-feministische Theorien weisen besonders auf die Gewalt hin, die mit dieser permanenten (Selbst-)Zurichtung verbunden ist. Deutlich sichtbar wird diese Gewalt dort, wo Menschen Grenzen dessen, was als „normal“ gilt, überschreiten – etwa als Mobbing gegen queere Jugendliche in der Schule, als sexualisierte Herabwürdigung von Frauen in Sozialen Medien oder als physische, allzu oft tödliche Gewalt gegen Transpersonen.

Aber auch dort, wo die heterosexistische Geschlechterordnung bestätigt wird, wo also im Frau sein/Mann sein anatomisches Geschlecht, Geschlechtsidentität und heterosexuelles Begehren scheinbar bruchlos zusammentreffen, wirkt Gewalt. Viele Möglichkeiten, Wünsche und Bedürfnisse müssen vergessen, verdrängt und verworfen werden, damit wir zu „richtigen“ Frauen/Männern werden.

Haben wir diese Prozesse erst einmal durchschaut – so das Versprechen queerer Feminismen – verschwinden die Folgen dieser heterosexistischen Geschlechterordnung zwar keineswegs aus unserem Leben, doch wir gewinnen eine neue Perspektive und damit Handlungsfähigkeit: Nicht geschlechtliches oder sexuelles Anders-Sein ist das Problem, sondern eine Ordnung, die „andere“ markiert, diskriminiert, ausgrenzt und verfolgt. Anstatt uns von den Ansprüchen an

Weiblichkeit/Männlichkeit verrückt machen zu lassen, können wir diese in Frage stellen – und manchmal sogar ganz entspannt rechts liegen lassen. Folgerichtig umfasst diese Perspektive auch ein Bekenntnis zur Vielfalt von Lebensformen, das sich in politische Forderungen nach Akzeptanz, Schutz vor Diskriminierung und umfassender Gleichberechtigung übersetzt.

In diesen – hier sehr grob zusammengefassten – Grundlagen neuerer Geschlechtertheorien liegt sozusagen der wahre Kern der antifeministischen Vorwürfe, die sich allerdings unterschiedslos gegen jeden Feminismus, jede Form von Gleichstellungspolitik und jede liberale Sexualpolitik richten. Tatsächlich wollen Feminist*innen und LGBTIQ+-Aktivist*innen die scheinbare Alternativlosigkeit heterosexuell-patriarchaler Geschlechterverhältnisse hinterfragen. Die traditionelle Kleinfamilie gilt ihnen

als eine mögliche Lebensform unter vielen und verliert damit ihre privilegierte Stellung als einzig „normale“ Familienform. An diesem Punkt setzt der Antifeminismus an, der allerdings – darin liegt der wesentliche Unterschied zu den Diskussionen innerhalb feministischer Zusammenhänge – keine Debatte sucht, sondern mit Unterstellungen arbeitet, die auf Diskurszerstörung, Herabwürdigung und Mundtotmachen abzielen. Feminist*innen und LGBTIQ+-Aktivist*innen gelten den Antifeminist*innen als „Genderistinnen und Vertreter der Homo-Lobby“, die eine vermeintliche „Gender-Ideologie“ vertreten. Dieser Kampfbegriff nutzt strategisch den Begriff „Gender“ – und nicht etwa „Feminismus“ oder „Frauenrechte“ – als zentrale Angriffsfläche. Ausgearbeitet wurde er ab Mitte der 1990er Jahre in einer Reihe von Publikationen des Vatikans, seit den 2000er Jahren findet er nicht nur bei christlichen Fundamentalist*innen und Teilen der katholischen Kirche, sondern auch bei rechtskonservativen und rechts-extremen politischen Akteur*innen, bei Männerrechtler*innen bis hinein in den (liberalen) Mainstream Verwendung. In einer bewussten Fehlinterpretation feministischer und queerer Ideen wird den „Gender-Ideologen“ nicht die Erweiterung des Familienbegriffs im Sinne der realen Vielfalt vorgeworfen, sondern vielmehr die „Zerstörung der Familie“; die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wird zur „Schaffung des geschlechtslosen Menschen“ – vorzugsweise indem Kindern durch sogenannte „Frühsexualisierung“ (gemeint ist die Sexualpädagogik der Vielfalt) das Geschlecht und die Heterosexualität ausgetrieben würden; und die Strategie des Gender Mainstreamings wird zur Eliten-Verschwörung gegen das Volk und sein „natürliches“ Verständnis von Zweigeschlechtlichkeit.

Der Kampf gegen eine angebliche „Gender-Ideologie“ dient rechten politischen Akteur*innen als Fokuspunkt und Projektionsfläche. Hier lassen sich einerseits verunsicherte Erfahrungen aus verschiedenen Lebensbereichen thematisieren und

andererseits Privilegien verteidigen. So kann u. a. die ökonomische Prekarisierung der letzten Jahrzehnte, das Ende der „Familienlöhne“ und damit des männlichen Alleinverdiennermodells ins Feld der Geschlechterverhältnisse verschoben und als „Krise der Männlichkeit“ reartikuliert werden, ohne dass Klassen- und ökonomische Verhältnisse zur Sprache kommen. Die Verteidigung der „Selbstverständlichkeit“ traditioneller Familienverhältnisse als einzig „normale“ und daher einzig normativ richtige Lebensform gegen die tatsächlich bestehende Vielfalt hilft, Zweifel am eigenen Lebensentwurf gar nicht erst aufkommen zu lassen, und verwandelt die Gewaltförmigkeit dieser „Normalität“ in Alternativlosigkeit. Damit einher geht auch die Verteidigung cis-männlicher Privilegien – u. a. die weitgehende Entbindung von Verantwortung für Reproduktionsarbeit, die Zuschreibung von Kompetenz und Stärke sowie die patriarchale Überordnung gegenüber anderen Geschlechtern. Ein Aspekt dieser patriarchalen Ordnung ist die Kontrolle weiblicher Sexualität.

Es ist daher kein Zufall, dass gerade sexuelle und reproduktive Rechte und insbesondere der Schwangerschaftsabbruch immer wieder im Fokus der Antifeminist*innen stehen. Die Verteidigung elterlicher/väterlicher Macht über Kinder ist ein wesentlicher Aspekt der Angriffe auf Sexualpädagogik in Schulen, wo nicht nur die dort gelehrt Akzeptanz für Vielfalt abgelehnt wird, sondern der Anspruch staatlicher Bildungseinrichtungen auf Vermittlung von (demokratischen) Werten insgesamt. Nicht weniger vehement wird das Privileg verteidigt, Menschen mit anderen Lebensentwürfen zu diskriminieren. Besonders heftige Angriffe richten sich gegen jeden Versuch, LGBTIQ+-Personen durch Antidiskriminierungsgesetze und -richtlinien zu schützen und/oder Gleichberechtigung in Ehe- und Familienangelegenheiten herbeizuführen. Schließlich sei das – so die antifeministische Argumentation – in sich diskriminierend, da (fundamentalistische) Christ*innen in ihrem Glauben eingeschränkt

würden, wenn sie LGBTIQ+-Personen zum Beispiel als Kund*innen akzeptieren müssten.

Grundsätzlich ist reaktionärer Gegenwind für Feminist*innen und Aktivist*innen aus LGBTIQ+-Bewegungen nichts Neues, doch der aktuelle, gegen „Gender“ gerichtete Antifeminismus hat besondere Brisanz. Zum einen wirkt er als Scharnier, das religiöse Reaktionär*innen und die politische Rechte von konservativ bis rechtsextrem zusammenführt und dessen Versatzstücke weit in den liberalen Diskurs hineinwirken – man denke etwa an die regelmäßigen Debatten um angebliche „Sprachdikate“. Zum anderen lassen sich dem Kampf „gegen Gender“ immer neue Themen zuordnen, die damit als Teil eines Kulturkampfes geframt und jeder rationalen Diskussion entzogen werden. „Anti-Gender“ bildet einerseits eine gemeinsame Chiffre für reaktionäre Positionen, bleibt jedoch andererseits durch seine Berufung auf naturalisierte Zweigeschlechtlichkeit breit anschlussfähig, da die vermeintlich naturgegebene Selbstverständlichkeit der Einteilung von Menschen in Männer und Frauen im Alltagsdenken verankert ist. Beängstigend ist nicht zuletzt, dass „Anti-Gender“ auch zum Einfallstor für dezidiert rechtsextreme Positionen wird, die eine Behauptungskette von der angeblichen Zerstörung „echter“ Männlichkeit und heterosexueller Familien, über niedrige Geburtenraten und vermeintlich mangelnde „Wehrfähigkeit“ zur rassistischen Panik vor einem elitengesteuerten „großen Austausch“ ziehen. Bislang verpönte völkische Politiken, die rassistische Ausschlüsse, homo- und transphobe Diskriminierung und den untergeordneten Einschluss „unserer“ Frauen in eine hierarchisch geordnete Gemeinschaft predigen, können so Anschluss an konservative Positionen finden, die ihrerseits in der sogenannten Mitte der Gesellschaft verankert sind.

Stefanie Mayer, Politikwissenschaftlerin, unterrichtet an der FH Campus Wien und beschäftigt sich mit feministischer Politik und Theoriebildung sowie mit Rechtsextremismus, Antifeminismus und Rassismus.

Herr Groll wartet auf die Ever-Given-Endfassung

Herr Groll saß in Wildungsmauer unterhalb von Wien an der Donau und beobachtete den Schiffsverkehr. „Sie sind sehr hartnäckig“, sagte der Dozent, der neben ihm auf einem Campingstuhl Platz genommen hatte und in Zeitschriften blätterte. „Das zumindest verdient Lob.“

Herr Groll griff wieder zu seinem Fernglas, setzte es aber bald darauf ab. „Alles, was ich hier mache, verdient Lob“, antwortete er. „Aber dieser Einsicht können Sie als Landratte natürlich nicht teilhaftig werden.“

„Natürlich nicht“, murmelte der Dozent und schlug eine Zeitung auf. Nach wenigen Minuten ergriff er wieder das Wort. „In allen Zeitungen steht schwarz auf weiß, dass die *Ever Given* nach wie vor im Großen Bittersee zwischen Suez und Port Said festsetzt. Die Kanalbehörden geben das Schiff erst frei, wenn die Versicherungsfragen gelöst und Ägypten eine Milliardenentschädigung für entgangene Frachtgebühren und den Rettungsaufwand erhalten hat. Das kann Monate dauern. Die Ladung kommt noch dazu, ein einziger Container kann 40.000 Smartphones aufnehmen, und diese Schiffsgiganten transportieren gleich 20.000 dieser Transportboxen.“

„Meine Informanten berichten, dass die *Ever Given* vorgestern den Bosphorus passiert hat, und in Kanalfragen sind meine Informanten eine Instanz“, erwiderte Herr Groll.

„Ich lese weiters, dass die Schiffsversicherer das Größenwachstum der Schiffe mit großer Sorge betrachten“, fuhr der Dozent unbeeindruckt fort. „Allein die Havarie der *Costa Concordia* vor der Insel Giglio kostete die Versicherer zwei Milliarden Euro. Havarien auf hoher See, zum Beispiel mit einem Kreuzfahrtschiff, könnten vier Milliarden Dollar und mehr an Schaden verursachen. Der Chef des Suez-Kanals Osama Rabie gibt an, dass allein die Gesamtsumme aus Bergungskosten und Schäden am Kanal sowie aus dem Einnahmeausfall sich auf mehr als eine Milliarde Dollar belaufen wird. Hingegen seien die Schäden am Schiff selber gering, auch die Fracht ist größtenteils intakt. Sicher ist, dass es zur Aktivierung aufwendiger juristischer Seerechtswerkzeuge kommen wird. Deren Geschichte reicht bis in die Antike zurück, sie sollen eine Aufteilung des Schadens auf alle Beteiligten garantieren.“

„Dennoch, ich bleibe dabei. Der Havarist hat mit einer ausgetauschten Mannschaft von 25 Mann den Suez-Kanal längst verlassen“, sagte Herr Groll.

„Ein vierhundert Meter langes Schiff mit einem Tiefgang bis zu sechzehn Meter und einem Schiffsdiesel von 80.000 PS wird von einer Besatzung von nur 25 Mann geführt?“ Zwei Falten furchten die Stirn des Dozenten.

„Deswegen war es ja nicht schwer, eine erfahrene Crew für die Entführung des Potts zusammenzustellen. In den Hafentädten des Suez-Kanals finden Sie hunderte erfahrene Seeleute“, sagte Herr Groll.

„Und Sie sind natürlich auch an dem Unternehmen beteiligt“, höhnte der Dozent.

„Finanziell leider nur mit einem symbolischen Betrag, aber was die nautischen Verhältnisse auf der Donau anlangt, die Passage von Brücken, Flusskraftwerken und Niedrigwasserstellen, konnte ich mit jahrzehntelanger Expertise aufwarten.“

Der Dozent erhob sich. „In der Biegung von Deutsch-Altenburg sehe ich ein kleines Schiff bergwärts fahren.“

Herr Groll setzte das Glas an. „Das könnte der Containerriese sein!“

Der Dozent bat um den Feldstecher. „Ich sehe nur einen kleinen Tanker mit rumänischer Flagge. Und keinen einzigen Container!“

„Sie sind ungeduldig wie die meisten Landratten“, erwiderte Herr Groll. „Halten wir einmal fest: Wir sehen ein Schiff, das sich von Osten – also vom Suezkanal kommend – nähert. Wir sehen weiters einen Tarnanstrich und einen Tarnumbau zu einem Tankschiff. In wenigen Minuten wird die *Ever Given* uns erreicht haben. Dann geht es durch Wien, Linz und Passau. Im Rhein-Main-Donau-Kanal wird sich die Fahrtgeschwindigkeit infolge der Dutzenden Schleusungen verringern. Etliches kann auf dem Rhein wieder hereingebracht werden, und nach ein paar Stunden im mitteldeutschen Kanal läuft das Riesenschiff über die Elbe – aber von der Binnenlandseite kommend – im Hochseehafen Hamburg ein. Die Miene des Hafenkommandanten möchte ich sehen. Dann wird die Ladung flugs gelöscht. Bei 20.000 Containern wird sicher ein Batzen Geld heraus schauen.“

Das Tankschiff *Giurgiu IX* passierte die beiden Freunde. „Sie winken ja nicht einmal!“, empörte sich der Dozent.

„Jetzt wo Hamburg nicht mehr weit ist, werde ich den Teufel tun, die Aufmerksamkeit der Strompolizei auf uns zu lenken“, antwortete Groll.

Der Dozent winkte dem Tanker zu. Sein Gruß wurde nicht erwidert.

Mit BEHINDERUNGEN ZUR Gleichstellung?

Eine qualitative Studie zum Thema
Frauen mit Behinderungen in Wien

Frauen mit Behinderungen sind noch viel zu wenig im Fokus der Öffentlichkeit und auch der Forschung. Die bestehende Lücke zu diesem Thema war Ausgangspunkt eines Forschungsprojekts, das vom Frauenservice Wien in Auftrag gegeben und von L&R Sozialforschung durchgeführt wurde, um mehr über die Lebenssituation von in Wien lebenden Frauen mit Behinderungen zu erfahren.^[1]

Der Forschungsprozess bezog sowohl bei der Entwicklung der Fragestellungen und behandelten Themenbereichen als auch bei der Vorbereitung und Abhaltung von Fokusgruppen Frauen mit Behinderungen als Peer-Expertinnen mit ein. Im Projekt wurden acht Fokusgruppen gebildet: blinde Frauen / Frauen mit Sehbeeinträchtigungen, Frauen mit Lernschwierigkeiten, Frauen mit fortschreitenden, chronischen Erkrankungen, Frauen mit Downsyndrom, Mütter von behinderten/pflegebedürftigen Kindern, Frauen mit körperlicher Beeinträchtigung / Frauen im Rollstuhl, Frauen mit

psychischen Erkrankungen und gehörlose Frauen / Frauen mit Gehörbeeinträchtigungen. Insgesamt nahmen 76 Personen an der qualitativen Forschung teil. Gemeinsam war ihnen, dass sie meist sehr genau formulierten, was sie benötigen, um ein selbstbestimmtes bzw. selbstbestimmteres Leben zu führen. Im vorliegenden Beitrag sollen vor allem die von den Frauen formulierten Forderungen im Fokus stehen.

Aus- und Weiterbildung – Inklusion als Zukunftstraum

Das Thema Aus- und Weiterbildung wurde von zwei Seiten diskutiert:

Einerseits kritisierten die Diskussionsteilnehmerinnen das Regelschulsystem, wo keine wirkliche Inklusion stattfindet und viel Verbesserungsbedarf herrsche. Andererseits würden Sonderschulen bzw. eigene Schulformen den Ausschluss von der „Normalität“ verstärken und zur Separation führen. Lediglich Mütter von Kindern mit hohem Pflegebedarf empfinden spezifische Schulformen als wichtig und richtig für ihre Kinder. In diesen Schulen sei eine Kombination von Unterricht und Therapie sowie ein Eingehen auf die jeweils spezifischen Bedürfnisse möglich. Die Gruppe der gehörlosen Frauen formulierte den Wunsch nach einer breiteren Anwendung der

^[1] Vgl. Sorger/Bergmann 2020.

Gebärdensprache in Schulen und dass Gebärdensprache auch für hörende Kinder angeboten werde.

Das Thema berufliche Aus- und Weiterbildung wurde besonders intensiv diskutiert, vor allem von Frauen mit Lernschwierigkeiten. Als großes Manko wird der Mangel an zugänglichen, niederschweligen Ausbildungen gesehen, vor allem angepasste Ausbildungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, etwa Ausbildungen in längerer Dauer und/oder mit Lern-UnterstützerInnen.

Ausgewählte Forderungen zu Aus- und Weiterbildung:

- tatsächliche Inklusion im Regelschulsystem sowie spezifische Schulformen für Kinder mit hohem Pflege- und Therapiebedarf,
- ein breiteres Spektrum an inklusiver beruflicher Aus- und Weiterbildung für Frauen und angepasste Ausbildungen für Frauen mit Lernschwierigkeiten.

In weiter Ferne – Erwerbsarbeit und existenzsicherndes Einkommen

Ein großes Thema ist die fehlende ökonomische Gleichstellung sowie die Schlechterstellung am Arbeitsmarkt. Frauen mit Behinderungen sind in Österreich in hohem Maße armuts- und ausgrenzungsgefährdet (vgl. auch Sozialministerium 2017). Die (männliche) Norm der Vollzeitarbeit verstärkt diese Ungleichstellung. Die Arbeitsuche und der Zugang zum Arbeitsmarkt werden generell als sehr frustrierend erlebt (vgl. auch Bergmann et al. 2021). Viele Frauen berichten von großen Vorurteilen seitens der Betriebe. Auch die mangelnde Unterstützung seitens des AMS wird beklagt. So würden kaum passende Angebote vermittelt und vor allem Mütter von pflegebedürftigen Kindern vom AMS häufig als nicht vermittelbar angesehen.

Der Status als begünstigt Behinderte wurde ambivalent diskutiert: Einer-

seits als Karrierebremse sowie Abwertung der eigenen Leistungsfähigkeit, andererseits als Schutz. Erwerbstätige Frauen erleben einen enormen Anpassungsdruck an Leistungen von Menschen ohne Behinderung im Kontext von zunehmend beschleunigten und verdichteten Arbeitsbedingungen.

Frauen, die am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt keine Arbeit bekommen, finden am ehesten im Rahmen einer Werkstätte oder Tagesstruktur eine Beschäftigung. Für die Arbeit bekommen sie ein „Taschengeld“ (was auch von der Volksanwaltschaft in einem Sonderbericht 2019 stark kritisiert wurde) und haben keinen eigenen Anspruch auf Sozialversicherung. Vor allem junge Frauen beschrieben die Ausweglosigkeit dieser Situation als frustrierend.

Die finanziell prekäre Situation, in der sich viele Frauen mit Behinderungen befinden, wird als extrem belastend erlebt und verstärkt Abhängigkeitsverhältnisse zu Eltern (auch bei erwachsenen Frauen) oder PartnerInnen. Festgestellt bzw. angesprochen wurde darüber hinaus die Unmöglichkeit einer eigenständigen Existenz unter den derzeit herrschenden Bedingungen sowie die Angst vor Altersarmut. Die oft geringen finanziellen Mittel ermöglichen auch beim Wohnen kaum Spielraum. So ist auch der Wunsch nach selbständigem Wohnen mit der Kostenfrage verbunden: „Kann ich mir unabhängig von einem Partner / einer Partnerin oder den Eltern eine Wohnung leisten?“

Ausgewählte Forderungen zu Erwerbsarbeit und existenzsicherndem Einkommen:

- Es braucht Ideen, wie Betriebe motiviert werden können, Frauen mit unterschiedlichen Behinderungen zu beschäftigen, und wie das AMS hier besser unterstützen kann.
- Als großes Anliegen wird zudem formuliert, dass Transferleistungen je nach Erwerbsarbeitsausmaß nicht verloren gehen, sondern flexibel abgestuft werden.

• Schließlich wird das „Taschengeld“ als nicht adäquat für die erbrachten Leistungen in den Tagesstrukturen/ Werkstätten gesehen.

Gesundheitswesen – Mangel an Kommunikation und Finanzierung

Die Verfügbarkeit von spezialisierten und leistbaren Gesundheitsangeboten war in den Fokusgruppen ein wichtiges Thema für jene, die mit langen Wartezeiten auf Therapien oder mit fehlenden Angeboten zu kämpfen haben. Das betrifft vor allem Mütter von Kindern mit Pflegebedarf. Ebenso wurde der dringende Bedarf an FachärztInnen sowie Psychotherapie auf Krankenschein aufgezeigt. Um die sexuelle bzw. reproduktive Selbstbestimmung von Frauen mit Behinderungen zu unterstützen, wären qualifizierte und sensibilisierte Gynäkologinnen wichtig. Auch die Qualität der Gesprächsführung von ÄrztInnen mit ihren PatientInnen wurde als wichtiger Qualitätsfaktor der medizinischen Betreuung und Behandlung thematisiert.

Ausgewählte Forderungen zum Gesundheitswesen:

- Sensibilisierung zum Thema Behinderung in die medizinische Ausbildung inkludieren,
- Erhöhung der Anzahl an FachärztInnen in bestimmten Bereichen,
- Psychotherapie auf Krankenschein – langjährige Forderung von Betroffenen und ExpertInnen,
- das oft willkürlich wirkende medizinische Begutachtungs- bzw. Bewilligungssystem sollte deutlich transparenter und nachvollziehbarer werden,
- Ausbau und Finanzierung der Therapiemöglichkeiten für Kinder mit Behinderungen,
- Verstärkung der digitalen Kommunikation, ausgewiesene ÖGS-Sprechstunden oder Dolmetschservice via Bildschirm.

Unterwegs in der – nicht ganz barrierefreien – Stadt

Die räumliche Gestaltung der Stadt und die Frage, wie das Sich-Bewegen im öffentlichen Raum barrierefrei möglich ist, waren vor allem Thema der Frauen mit körperlichen Behinderungen, Frauen im Rollstuhl, von blinden Frauen und Müttern von Kindern im Rollstuhl. Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln wurde auch von Frauen mit Lernschwierigkeiten, Frauen mit Downsyndrom sowie Frauen mit psychischen Beeinträchtigungen angesprochen.

Auch wenn generell in den meisten Gruppen betont wurde, dass Wien punkto Barrierefreiheit anderen Bundesländern viel voraus habe und Frauen lieber in Wien leben würden als in anderen Städten oder am Land (einige Befragte waren aus anderen Bundesländern nach Wien gezogen), wird noch viel Verbesserungsbedarf gesehen. Die Omnipräsenz der „männlichen Norm“ wirkt sich für die Frauen vor allem in Bezug auf Planungsprozesse bzw. die Gestaltung des öffentlichen Raums aus.

Ausgewählte Forderungen zum öffentlichen Raum:

- Berücksichtigung vielfältiger Bedürfnisse bei der Gestaltung neuer Elemente wie etwa der neu geschaffenen Begegnungszonen in Wien,
- proaktive Einbindung von Frauen mit Behinderungen in Planungsprozesse mittels mehr und angepasster Möglichkeiten zur Partizipation.

Bedarf nach einer „Behördendschungel-führerin“

In fast allen Fokusgruppen war der „Behördendschungel“ ein zentrales Thema. Die Teilnehmerinnen sprachen vor allem die Unübersichtlichkeit der Informationen und Zuständigkeiten aufgrund der Vielzahl an Anlaufstellen an.

Angesprochen wurde auch das Thema Kontrolle: Die Behörden würden



inklusionsspezifische Anliegen ständig übersehen bzw. übergangen.

Die politische Repräsentanz von Menschen mit Behinderung wird durchgängig als nicht zufriedenstellend erlebt. Das Kompetenzteam Frauen mit Behinderungen des Österreichischen Behindertenrats stellt einen wichtigen Schritt in Richtung Vernetzung und Sichtbarkeit dar. Darüber hinaus braucht es sowohl niederschwellige Angebote als auch Vernetzung und Lobbying auf unterschiedlichen politischen Ebenen, damit Frauen mit Behinderungen regelmäßig und umfassend in Gestaltungsprozesse einbezogen werden und sich aktiv einbringen können.

neben ihrer Service- und Beratungsfunktion oft auch kontrollieren. So berichteten mehrere Teilnehmerinnen, dass sie diese Kontrollen als unangenehm erleben würden und teilweise mit dem Vorwurf konfrontiert seien, sie könnten das System ungerechtfertigter Weise ausnützen.

Ausgewählte Forderungen zu Behörden:

- Ein übergreifendes Beratungszentrum als „Dschungelführerin“ bei der Vielfalt an Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie
- eine „systemische Beratung“, in der jede einzelne individuell und umfassend betrachtet und – unter Berücksichtigung frauenspezifischer Probleme – beraten wird. Politische Allianzen für mehr Sichtbarkeit und Vernetzung.

Frauen mit Behinderungen sprechen ein dreifaches Dilemma an: Sie sind in Vertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung oft nicht adäquat vertreten bzw. diese setzen sich nicht immer mit der notwendigen Vehemenz für frauenspezifische Forderungen ein. Sie fühlen sich in frauenspezifischen oder feministischen Netzwerken hinsichtlich ihrer spezifischen Anliegen nicht ausreichend gesehen bzw. inklusiv eingebunden. Und letztendlich werden in politischen Entscheidungsprozessen oder alltagsrelevanten Politikfeldern frauen- und

Literatur

Sozialministerium (2017): Bericht der Bundesregierung über die Lage von Menschen mit Behinderungen, 30. 4. 2021.

Claudia Sorger & Nadja Bergmann (2020): Frauen, die behindert werden ... auf ihrem Weg zur Gleichstellung in Wien. Eine qualitative Studie mit und über Frauen mit Behinderungen in Wien. Studie im Auftrag des Frauenservices Wien (MA 57). Wien, verfügbar unter <https://bit.ly/3y92kkt> (Stand: 11. 2. 2021).

Nadja Bergmann, Helga Reichert, Andreas Riesenfelder, Petra Wetzl, Katharina Aufhäuser, Claudia Sorger (2021): Chancengleichheit für Frauen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt. Hindernisse – Herausforderungen – Lösungsansätze. Verfügbar unter: <https://bit.ly/3om4jGF> (Stand: 30.4. 2021).

Volksanwaltschaft (2019): Keine Chance auf Arbeit – Die Realität von Menschen mit Behinderung. Wien: Sonderbericht der Volksanwaltschaft, verfügbar unter: <https://bit.ly/33JG00q> (Stand: 30. 4. 2021).

Claudia Sorger ist Senior Researcher bei L&R Sozialforschung in Wien mit den Arbeitsschwerpunkten Qualität von Arbeit und Gleichstellungspolitik. In den letzten Jahren hat sie mehrere Forschungsprojekte zum Thema Behinderungen umgesetzt.

Nadja Bergmann ist Senior Researcher bei L&R Sozialforschung. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Gleichstellungsthemen, aktuell mit einem starken Fokus auf Änderungen der Arbeitswelt durch Digitalisierung.

Mehr Infos: www.lrsocialresearch.at

„Wir stehen heute da, wo wir sind, weil schon viele Aktivist*innen vor uns gekämpft haben“



Foto: Minita Kandbauer



Foto: Osman Çetin

Im zweiten Teil der Gesprächsreihe mit jungen Aktivist*innen spricht **Cornelia Kogoj** mit **Noomi Anyanwu** vom Black Voices Anti-Rassismus-Volksbegehren und **Samuel Mago** von der Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Romnja [HÖR] über die Aktualität historischer Kämpfe und die Wichtigkeit von Allianzen mit anderen Minderheiten sowie mit der Mehrheitsgesellschaft.

Am 8. April 2021 wurde die Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Romnja - HÖR - gegründet. Das Gründungsdatum ist wohl kein Zufall: An diesem Tag vor fünfzig Jahren, am 8. April 1971, wurde in London unter dem Motto „Opri Roma“ - Roma, erhebt euch - der Internationale Romatag ausgerufen. Samuel, welche Bedeutung hat diese historische Komponente für euch als junge Aktivist*innen?

Samuel Mago: Da muss ich etwas weiter ausholen: Die Idee zur Gründung einer Jugendorganisation ist schon über einige Jahre in uns gereift.

Es gibt zwar in Österreich über 15 Romavereine, die sich für die Anliegen der Volksgruppe einsetzen, Policys ausarbeiten, Gedenkveranstaltungen organisieren und eine ganz tolle und wichtige Arbeit leisten. Aber ein spezifischer Jugendverein hat trotzdem gefehlt. Auch wenn sich junge Leute immer sehr stark in der Bewegung engagiert haben, wie etwa damals für die Anerkennung der Roma als österreichische Volksgruppe^[1]. Dieser Kampf ist ja größtenteils von jungen Aktivist*innen ausgegangen, die sich organisiert haben und aufgestanden sind, um sich gegen Diskriminierungen zu wehren.

Wir haben uns bewusst dafür entschieden, eine Jugendorganisation zu gründen, deren Fokus auf Akademiker*innen und Hochschüler*innen liegt. Auch um aufzuzeigen, dass es innerhalb der Volksgruppe selbstverständlich Menschen mit höherer Bildung gibt und um Klischees von ungebildeten Roma und Romnja, Sinti und Sintizze etwas anderes entgegenzusetzen.

Um auf deine Frage zurückzukommen, warum der 8. April für uns eine so bedeutende Rolle spielt: Der Launch von HÖR gerade am 8. April 2021 war uns deshalb so wichtig, weil wir an diesem Tag das 50-jährige

^[1] Die Anerkennung als Volksgruppe (lt. Volksgruppengesetz von 1976) wurde ihnen lange verwehrt. Diese erfolgte erst im Jahr 1993. Dabei gilt Roma als Oberbegriff für die Burgenland-Roma, Sinti und Lovara.

Jubiläum des Internationalen Romatages feiern. Wir wollten damit diese 50-jährige Bewegung von starken Roma und Romnja, Sinti und Sintizze sichtbar machen – von Leuten, die sich trotz der grausamen Diskriminierungen für ihre Rechte eingesetzt haben. So haben wir diesen Tag auch zum Anlass genommen, um auf die Arbeit von Rudi Sarközi, Ceija Stojka, Ilija Jovanović und hunderten weiteren Aktivist*innen vor uns aufmerksam zu machen. Wir möchten quasi ihren Weg weitergehen und als laute Stimme für junge Rom*nja und Sinti*zze fungieren. Ich finde es unglaublich wichtig, aus der Arbeit der Generationen vor uns zu lernen. Und auch, dass wir uns dessen bewusst sind, dass wir nicht von Null anfangen müssen, sondern hinter uns 50 Jahre politische Arbeit in Europa und Jahrzehnte politische Arbeit in Österreich haben.

Was uns auch noch wichtig ist: HÖR ist ein Sprachrohr sowohl für die autochthonen Gruppen als auch für die vielen Studierenden, die erst seit Kurzem in Österreich sind, für die zugewanderten Rom*nja und Sinti*zze etwa aus Osteuropa oder aus Deutschland. Wir möchten eine Anlaufstelle für alle sein.

Allianzen spielen innerhalb der doch sehr heterogenen Roma-Community offensichtlich eine große Rolle. Wie schaut es mit dem strategischen Ansatz der „minoritären Allianzen“ aus, den die Initiative Minderheiten seit ihrer Gründung verfolgt? Dabei verbünden sich Minderheiten im Kampf um gleiche Rechte und gegen Diskriminierung, auch um sich nicht gegenseitig ausspielen zu lassen. Aber auch damit Minderheitenkämpfe, die meist getrennt voneinander gesehen werden, zusammengeführt werden. Sind solch „minoritäre Allianzen“ für euch wichtig?

Mago: Ja, absolut! Allianzen mit anderen Minderheitengruppen sind uns unglaublich wichtig. Ich habe in meiner aktivistischen Arbeit gelernt, dass Rom*nja und Sinti*zze nicht al-

leine gegen Antiziganismus kämpfen können. Wir werden es auch nicht ohne die die Mitwirkung der Mehrheitsgesellschaft schaffen. Natürlich spielt es dabei eine wahnsinnig wichtige Rolle, dass wir andere Minderheiten als Unterstützer*innen mit ins Boot holen. Und dass wir uns vice versa mit ihnen solidarisieren. Die meisten Minderheiten haben mit ähnlichen rassistischen Mechanismen zu kämpfen. So war es uns zwar sehr wichtig, dass unser Vorstand ausschließlich aus Rom*nja und Sinti*zze besteht. Nichtdestotrotz haben wir quasi eine „Quote“ eingeführt, die uns ermöglicht, eine bis zwei Personen mithereinzuholen, die nicht aus der Roma-Community stammen, aber sehr wohl einen Minderheiten-Background haben. Wir sind daher unglaublich glücklich darüber, dass Beni Hess, u. a. ehemaliger Co-Präsident der Jüdischen österreichischen Hochschul*innen, außerordentliches Mitglied unseres Vorstands ist. Es bestehen jedenfalls Allianzen mit der Jüdischen Community, von der wir eine starke Unterstützung erfahren. Oder eben auch mit dem Black-Voices-Volksbegehren, deren Vertreter*innen auf uns zugekommen sind. Wir haben die Gelegenheit erhalten, unsere Anliegen auf deren Social-Media-Kanälen zu verbreiten und sind sehr froh, ein Teil dieses ersten antirassistischen Volksbegehrens in Österreich zu sein. Jetzt arbeiten wir daran, Allianzen mit weiteren Minderheitengruppen zu bilden.

Stichwort Black-Voices-Volksbegehren: Noomi, du bist Co-Initiatorin und Sprecherin dieses Volksbegehrens, einer Initiative, deren zentrale Forderung die Einführung eines nationalen Aktionsplans gegen Rassismus ist. Gefordert werden einerseits antirassistische Maßnahmen, die in alle gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche wie Medien, Bildung oder Arbeitsmarkt hineinwirken sollen, und andererseits die Repräsentation und Gleichstellung von People of Colour.

Warum habt ihr dafür das Mittel des Volksbegehrens gewählt?

Noomi Anyanwu: Um auf das „Warum“ antworten zu können, möchte ich kurz unsere Ziele erklären. Nach den „Black Lives Matter“-Protesten in ganz Österreich und vor allem der großen Demonstration in Wien wollten wir die damit einhergegangene mediale Aufmerksamkeit nutzen, um nicht nur über Polizeigewalt gegenüber Schwarzen Menschen in den USA zu sprechen, sondern generell über Rassismus und speziell über Rassismus in Österreich. Diese Diskussion wird zwar schon seit Jahrzehnten geführt, aber sie hat erst jetzt eine breitere Öffentlichkeit erlangt. Man kann sich dem Thema kaum mehr entziehen, sei es in den Medien oder im privaten Umfeld. Wir wollten diese Aufmerksamkeit nutzen, um von den Medien als Rassismus-Expert*innen – aber nicht nur – eingeladen zu werden. Wir hatten endlich die Möglichkeit, über strukturellen Rassismus zu sprechen. Bislang wurde man nämlich von Journalist*innen immer nur zu den persönlichen rassistischen Erfahrungen befragt, nicht jedoch über deren Hintergründe.

Da wir ganz klare politische Forderungen und Vorschläge aufstellen wollten, erschien uns das Mittel des Volksbegehrens als ein sehr zielführendes. Denn ein Volksbegehren muss Forderungen anführen, die in Folge auch gesetzlich umgesetzt werden können. Als aktionistisches Mittel ist ein Volksbegehren nicht sehr verbreitet und kann gerade deshalb mehr Aufmerksamkeit generieren. Darüber hinaus kann man mittels eines Volksbegehrens communityübergreifend agieren und auch anderen Gruppen eine Plattform bieten. Wir arbeiten mit vielen Leuten aus der muslimischen oder den South-East-Asians-Communitys zusammen. Unser Ansatz ist, dass wir nur wirksam gegen Rassismus in Österreich vorgehen können, wenn wir uns zusammenschließen, also Hand in Hand mit anderen Gruppen agieren. Zudem ist bei einem Volksbegehren auch sehr wichtig, die



Noomi Anyanwu [oben links], Cornelia Kogoj [oben rechts] und Samuel Mago [unten] im Gespräch.

weiße Mehrheitsgesellschaft anzusprechen bzw. zum Unterschreiben zu motivieren. Als Angehörige/r der weißen Mehrheitsgesellschaft kann man sich in der Regel leicht herausnehmen, weil man ja nicht betroffen sei. Das wäre aber der falsche Ansatz. Denn weiße Menschen sind auch von Rassismus betroffen, wenn auch im positiven Sinne, da sie davon profitieren. Ich glaube, genau das gilt es zu thematisieren und aufzubrechen. Und ich bin überzeugt davon, dass ein Volksbegehren der beste Weg dafür ist.

Meine nächste Frage bezieht sich auf die Geschichte von Minderheitenbewegungen. Im heurigen Februar wurde in Österreich nach amerikanischem Vorbild der „Black History Month“ ausgerufen. Dieser wurde in den 1920er Jahren in den USA initiiert, um auf den Beitrag von Afroamerikaner*innen an der amerikanischen Geschichte aufmerksam zu machen. Welchen Stellenwert hat für euch die Sichtbarkeit von Minder-

heitengeschichte(n)? Auch um etwa aufzuzeigen, dass Rassismus und Antiziganismus sowie Kämpfe dagegen eine historische Kontinuität haben?

Anyanwu: Der „Black History Month“ wurde in Österreich nicht zum ersten Mal begangen, aber es war das erste Mal, dass er eine breitere Öffentlichkeit erreichte. Es geht dabei um die historische Sichtbarkeit. Schwarze Geschichte wird sehr oft weißgewaschen. In der Geschichtsschreibung werden Menschen, die Großartiges geleistet haben, bewusst ausgeschlossen. Es geht darum, diese Menschen anzuerkennen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass deren Geschichte oft ausgeradiert wurde. Es darf nicht vergessen werden, dass Menschen zu „Völkerschauen“ in den Prater gegangen sind, um sich ausgestellte Schwarze Menschen anzuschauen. Niemand redet mehr darüber und die wenigsten wissen davon. Oder die Geschichte von Angelo Soliman, dem fürstlichen Kammerdiener und Zeitgenossen Mozarts, der – nur weil er Schwarz war – nach seinem Tod ausgestopft und im jetzigen Naturhistorischen Museum ausgestellt wurde. Das sind

alles Fakten, die man sich heute gar nicht vorstellen kann, die aber auch Teil der österreichischen Geschichte sind. Und es ist wichtig, darüber zu sprechen, inwiefern sie mit dem Heute zu tun haben. Überdies gilt es auch, die in Schulen unterrichtete offizielle Geschichte kritisch zu hinterfragen. Dazu fallen mir etwa die Rassismen in Immanuel Kants Werk ein. In einer anderen aktuellen Diskussion geht es um die Herkunft Beethovens. Es gibt starke Hinweise darauf, dass seine Mutter Schwarz war, aber Beethoven auf Gemälden „weißgewaschen“ wurde.

Wir haben jedenfalls Lehrmaterialien zu Schwarzer Geschichte in Österreich erstellt und diese an den Unterricht in Schulen angepasst.^[2]

Ein weiteres Beispiel: Wir haben einen offenen Brief formuliert, der die kolonialen Strukturen in Bildungs- und Kultureinrichtungen wie etwa Museen thematisiert. Da war Raubkunst ein großes Thema. Wir arbeiten mit mehreren Museen in Wien zusammen. Ein gelungenes Beispiel für den Umgang mit Minderheitengeschichte ist etwa das Haus der Geschichte Österreich. Es ist dem Volksbegehren zu verdanken, dass Museen mittlerweile auf einem guten Weg sind.

^[2] Die Unterrichtsmaterialien finden sich auf der Website des Black-Voices-Volksbegehrens: <https://blackvoices.at>.

Setzt ihr euch auch mit historischen Formen von Aktivismus auseinander, um darauf aufzubauen?

Anyanwu: Ja, auf jeden Fall! Auch in Bezug darauf, was du, Sami, vorhin gesagt hast: Wir stehen heute da, wo wir sind, weil schon viele Aktivist*innen vor uns gekämpft haben. Wir müssen nicht bei Null beginnen. Wir haben etwa einen Beirat, in dem auch ältere Aktivist*innen vertreten sind. Das ist ein sehr wichtiger Grundstein für uns – und für mich persönlich. Es gibt so viel Vorarbeit, auf die wir aufbauen, so viele Ideen, die wir aufgreifen und weiterführen können. Dafür bin ich sehr dankbar. Es ist ganz wichtig, dass das uns jüngeren Aktivist*innen bewusst ist.

Mago: Weil du gefragt hast, ob wir auf den historischen Kämpfen aufbauen: Ja, das tun wir! Es frustriert mich unfassbar, dass Minderheiten in der österreichischen Geschichte behandelt werden, als wären sie erst seit kurzem hier. Roma und Romnja haben schon in Österreich gelebt, bevor Mozart die Kleine Nachtmusik komponiert und Jahrhunderte bevor Klimt den Kuss ausgestellt hat. Und wir tun so, als wären sie immer noch Fremde. Diese Geschichte ist einfach ausgeradiert worden. Ein konkretes Beispiel: Nur wenige wissen, dass Roma und Romnja in der Habsburgermonarchie die Zungen herausgeschnitten wurden, wenn sie auf der Straße Romanes gesprochen haben. Diese Menschen sind in der NS-Zeit ermordet worden, weil sie Minderheitenangehörige waren. Diese durch jahrhundertelangen Rassismus ausgelösten Traumata können wir nicht einfach unter den Teppich kehren. Migration, Assimilation und Integration sind ja keine neuen Themen. Roma und Romnja werden seit Jahrhunderten assimiliert.

Noomi, du hast vorhin darüber gesprochen, dass weiße Menschen auch von Rassismus betroffen sind, weil sie davon profitieren. Dadurch tragen sie auch Verantwortung für die Aufarbeitung dieser Geschichte. Ich möchte aber auch hinzufügen, dass ich – als jemand der über ein white-passing-privilege^[3] verfügt und in der Mehrheitsgesellschaft als Österreicher gelesen wird und nicht als Rom – zusätzliche Verantwortung trage, anderen minorisierten Gruppen mit weniger Repräsentationsmöglichkeit eine Bühne zu bieten.

Anyanwu: Das stimmt. Colourism ist auch innerhalb von Schwarzen Communitys ein Thema, da es unterschiedliche Diskriminierungsformen gibt, die davon abhängen, wie weit entfernt du von der weißen Heteronormativität bist.

Noomi, mit welchen zusätzlichen Herausforderungen hast du als Schwarze Frau zu kämpfen?

Anyanwu: In der Einleitung unseres Forderungspapiers ist der geschlechtssensible Umgang klar artikuliert. Denn Antirassismus ist für uns immer intersektional, genauso wie jeder andere politische Kampf auch. Wir haben zum Beispiel den feministischen Kampftag am 8. März bewusst genutzt, um auf die intersektionalen Kämpfe von Frauen und FLINTA*-Personen^[4] aus den Communitys aufmerksam zu machen. Denn Diskriminierungsformen hängen immer eng zusammen. Das sehen wir etwa auch daran, dass Hassmails und Drohungen, die ich nach öffentlichen Auftritten regelmäßig bekomme, immer gleichzeitig extrem rassistisch und sexistisch sind.

Und wie schaut die Zukunft von minoritären Allianzen aus?

Anyanwu: Allianzen und Bündnisse zwischen unterschiedlichen Minderheiten-Communitys sind essenziell. Gleichzeitig ist mir aber auch wichtig, Diskriminierungsformen nicht gleichzusetzen. Rassismus ist immer noch ein weißes globales System. Es geht dabei auch um Kapitalismus und um die weiße Vorherrschaft. Diese gilt es gemeinsam zu bekämpfen – sowohl mit anderen Minderheiten als auch mit der Mehrheitsgesellschaft. Es ist mehr als peinlich, wenn sich weiße Menschen herausnehmen zu sagen, sie möchten mit Rassismus nichts zu tun haben, und nicht mitkämpfen wollen. Das geht mittlerweile gar nicht mehr. Man kann sich nicht mehr ausreden, man wisse zu wenig darüber, man hätte nichts mitbekommen. Es ist mehr als an der Zeit, mitzumachen. Und es ist mehr als erwünscht. Gleichzeitig ist wichtig, dass man als weiße Person ihren Platz kennt und weiß, wann die Bühne minorisierten Gruppen überlassen werden sollte. Wann Schwarze Menschen selbst sprechen müssen und wann man Zivilcourage zeigen und intervenieren muss. Es ist also essentiell, dass der Rassismus von allen gemeinsam gekämpft werden muss.

Noomi Anyanwu, geboren 2000, ist Studentin der Romanistik und Afrikawissenschaften, Aktivistin und Sprecherin des Black Voices Anti-Rassismus-Volksbegehrens. Sie ist bereits seit ihrem 15. Lebensjahr politisch aktiv, aktuell unter anderem online als @thisisnoomi. Außerdem tritt sie als Trainerin und Beraterin zum Thema Anti-Rassismus für Organisationen oder in der Erwachsenenbildung auf. Ihre Schwerpunktthemen sind Feminismus und Anti-Rassismus.

Samuel Mago geboren 1996 in Budapest, lebt seit 2000 in Wien. Er ist stellvertretender Präsident (mit Sladjana Mirković) der HÖR (Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Romnja), studiert derzeit Transkulturelle Kommunikation an der Uni Wien, ist Rom*nja-Aktivist und Schriftsteller in der edition exil. Samuel Mago stammt aus einer Rom*nja-Familie mit mütterlicherseits jüdischen Wurzeln. Er arbeitet als Antirassismustrainer und für ORF-Produktionen.

<https://www.hoer-info.at>

<https://blackvoices.at>

^[3] Der Begriff „White Passing“ lässt sich übersetzen mit „als weiß durchgehend“. Diese aus den USA stammende Bezeichnung bezieht sich auf Menschen, die sich zwar selbst als nicht-weiß identifizieren, aber häufig/immer/manchmal als weiß wahrgenommen werden. „Passing“ spielt auch bei Gender eine große Rolle z. B. bei „Cis- oder Straight Passing“ (Quelle: <https://radikal.jetzt/white-passing>).

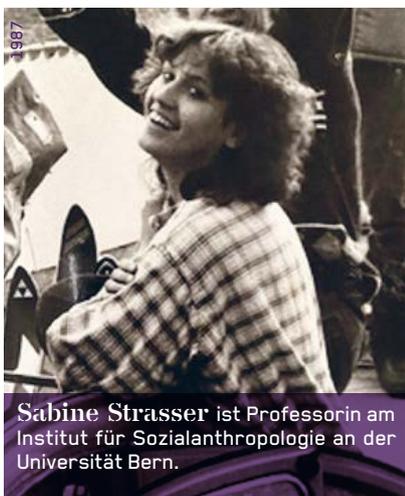
^[4] Der Begriff FLINTA* steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen – also Personen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität patriarchal diskriminiert werden (Vgl. <https://bit.ly/3w8h6z7>).

Verbunden mit der Initiative Minderheiten

Wir haben Weggefährtinnen der **Initiative Minderheiten** nach den wichtigsten (minderheiten)politischen Errungenschaften der vergangenen 30 Jahre gefragt – und was sie heute am meisten beschäftigt. Sie haben uns neben den Antworten dankenswerterweise auch ein Foto aus den 1990er Jahren zur Verfügung gestellt. Ein Rückblick, was durch minderheitenpolitische Kämpfe erreicht werden konnte und was noch aussteht. Fortsetzung folgt.

Errungenschaften? Mir fällt ein, dass der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft so satt drinnen sitzt, dass ich immer wieder hören muss, dass wir schon genug getan hätten für geflüchtete Menschen, dabei könnten wir noch so viel mehr tun. Sorry, aber Errungenschaften? Es sterben zu viele Leute an den Grenzen der reichen Länder, als dass ich Errungenschaften wahrnehmen könnte. Die EU diskutiert ernsthaft einen neuen deportationsbesessenen Migrationspakt mit Abschiebungen statt Aufnahme von Menschen als solidarischen Akt – da verblasse in meinen Erinnerungen Errungenschaften.

Ich weiß, dass viele gute Arbeit machen, die Anerkennung der Roma hat mich berührt, als Feministin die Forderung auf gleiches Recht auf Ehe (die doch im Fokus unserer Kritik war) irritiert, aber klar doch, ganz wichtig für die LGBTIQ-Bewegung! EU-Richtlinien Gleichbehandlung, Diversität – schön wäre es! Aber all diese Maßnahmen tragen oft nur den Gedanken des Rechts auf Differenzen und Chancengleichheit in sich, greifen zu kurz oder werden gar zu einer Art Ware von Institutionen. Aber sie waren ein Meilenstein der Antidiskriminierungspolitik. Ich hoffe, die jungen Bewegungen gegen Rassismus und Sexismus und für den Planeten bleiben trotz Covid-19 stark und bringen neuen Wind. ★



Sabine Strasser ist Professorin am Institut für Sozialanthropologie an der Universität Bern.

Was konnte in den letzten 30 Jahren erreicht werden?

Da wird Sushila Mesquita unrund: Natürlich gebe es wichtige Fortschritte, zum Beispiel bei der Antidiskriminierung.

Aber rechtliche Errungenschaften seien eben nicht alles, und die Ebene der Repräsentation hänge noch deutlich hintennach. Ungeduldig beobachtet Sushila auch die Reaktion der Mehrheitsgesellschaft auf die gerade stark präsente Black-Lives-Matter-Bewegung: Die plötzliche Sichtbarkeit sei natürlich toll, aber die Kritik und die Forderungen liegen seit Jahrzehnten am Tisch.

Einmal mehr bestehe die Gefahr, dass nach einem kurzen Aufflackern des Interesses die Maßnahmen erneut bloß oberflächlich und die Strukturen letztlich unverändert bleiben.



Sushila Mesquita ist am Referat für Genderforschung der Universität Wien tätig und unterrichtet im Masterstudium Gender Studies.

Die (minderheiten)politischen Sternstunden der vergangenen 30 Jahre:

1994

Erste freie Wahlen in Südafrika (endlich darf die Mehrheit wählen!).

2004 und 2007

Die Osterweiterung der EU (der Mittelpunkt Europas liegt im Osten Polens).

2004

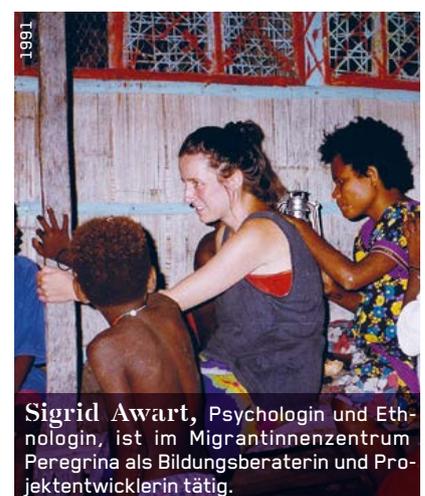
Das GIBG 2004 (Gleichbehandlung für alle in Österreich).

2009

Die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten und 2020 die Wahl von Kamala Harris zur Vizepräsidentin der USA.

Heute beschäftigen mich am meisten:

- die Benachteiligung von Minderheiten am Arbeitsmarkt und in der Bildung sowie Ghettoisierung beim Wohnen. Mehrstufenintegrationsklassen für alle!
- der Umgang mit Geflüchteten. Wo bleiben unsere Humanität und unser Gemeinschaftssinn in Europa?
- die Diskussionen zum Thema Satire und Minderheiten. ★



Sigrid Awart, Psychologin und Ethnologin, ist im Migrantinnenzentrum Peregrina als Bildungsberaterin und Projektentwicklerin tätig.

Oft habe ich das Gefühl, dass sich in den letzten 30 Jahren nicht wirklich was verändert hat. Wir diskutieren noch immer die gleichen Themen, auch die Forderungen sind gleichgeblieben. Noch immer müssen wir auf die Straße, weil Kinder deportiert werden, noch immer werden in Kärnten zweisprachige Ortstafeln beschmiert.

Der Alltagsrassismus hat sich nicht still und leise, sondern laut und polternd in die Mitte der Gesellschaft gesetzt.

Beim genauen Hinsehen jedoch erkennen wir, dass gerade die Bemühungen im Bereich der Bildung sich ausgezahlt haben: Vor 30 Jahren hatten wir keinen einzigen Ali oder Dragan als Lehrer. Und vor 30 Jahren hätten wir eine Zadić als Juristin mit der Lupe suchen müssen – heute ist eine Zadić Ministerin.

Wir haben Nurtens und Alevs ins Parlament gebracht. Unzählige Kinder der sogenannten Zweiten Generation haben ihren Platz in der Gesellschaft eingenommen, sind Busfahrer*innen, Lehrer*innen, Polizist*innen, Journalist*innen. Wir sind einer transkulturellen Normalität etwas näher gerückt. Die „Gastarbeiter“ von damals haben ihre eigenen Stimmen gefunden.

Auch wenn es noch viel zu tun gibt: Das macht Hoffnung und Lust auf die nächsten 30 Jahre.

Was mich heute beschäftigt, ist – um es salopp zu sagen – die Dummheit der Menschen. Die Gründe, warum Menschen dem Hass auf den Leim gehen; warum Rassismus und Faschismus scheinbar noch immer einen fatalen Reiz ausüben. Und was das alles mit Armut und der westlichen Lebensweise zu tun hat.



Hikmet Kayahan, Germanist, ist Trainer für interkulturelle Kompetenzen und Konfliktmanagement. Er leitet das Antirassismus-Zentrum Wien.

Die Anerkennung der Roma als Volksgruppe in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – ein kleiner, aber ungemein wichtiger Akt in der Beendigung der absoluten politischen und gesellschaftlichen Ausgrenzung der Roma in Österreich. Auch die Einrichtung des Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus war ein wichtiger, auch minderheitenpolitischer Akt, denn schließlich waren es die slowenischen Widerstandskämpfer*innen in Südkärnten, die eine essenzielle Voraussetzung für das Erlangen des Staatsvertrages geleistet haben – einen aktiven, zivilen und bewaffneten Widerstand gegen das Nazi-Regime.

Die Erfüllung von wichtigen Punkten des Artikels 7 des Staatsvertrages – vor allem durch den nachhaltigen zivilgesellschaftlichen Druck – war sehr wichtig, ist aber immer noch nicht zur Gänze abgeschlossen. Die wörtliche, versteinerte Auslegung des Staatsvertrages ist für mich als Minderheitenaktivistin und Vertreterin ein tägliches Ärgernis. Die Welt entwickelt sich weiter, während die Sicht auf die Rechte der Volksgruppen weiter österreichisch eng bleibt.

Heute beschäftigen mich immer noch die gleichen Themen: die Ausgrenzung von großen Teilen der österreichischen Bevölkerung von demokratischer Partizipation – durch das fehlende Wahlrecht für dauerhaft in Österreich lebende Nichtstaatsbürger. Ich halte das für demokratiepolitisch falsch und kurzsichtig. Mitentscheiden heißt auch, Mitverantwortung zu übernehmen, und das sollten alle Menschen dürfen, die fünf Jahre in Österreich leben, egal von wo auf der Welt sie nach Österreich gekommen sind. Es beschäftigt mich immer noch die ungleiche Verteilung von Bildungschancen und last but not least die Hoffnung auf eine Gesellschaft voller feministischer Männer und Frauen.



Terezija Stoitsits war von 1990 bis 2007 Minderheiten- und Menschenrechtssprecherin der Grünen im Nationalrat und von 2007 bis 2013 Volksanwältin.

Die größten Errungenschaften waren für mich natürlich die lesben- und schwulenpolitischen. Nach jahrzehntelangem hartnäckigem Kampf haben wir schließlich mehr oder weniger alle wichtigen Forderungen durchgesetzt: Strafrechtsreform, Anerkennung der homosexuellen NS-Opfer, eingetragene Partnerschaft, Ehe-Öffnung und Antidiskriminierungsschutz – zumindest in der Arbeitswelt. Es fehlt eigentlich nur noch das Levelling-up, also die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes.

Was mich heute beschäftigt, ist die Gefahr des Backlash. Ein solcher droht nicht nur durch Politik und Gesellschaft, sondern auch aus den Initiativen selbst. Statt bewegungsübergreifender Allianzenbildung wie früher dominiert immer mehr Identitätspolitik, die ich für eine sterile Sackgasse halte. Letztlich ist immer die soziale Frage entscheidend. „Klassismus“ steht über allen anderen „-ismen“.

Bezeichnend für diese bedenklichen Entwicklungen finde ich, dass heute etwa ein quasi angeborenes „soziales Geschlecht“ postuliert wird. Es ist für mich unfassbar, dass nach 100 Jahren Feminismus heute immer noch bzw. wieder – diesmal ausgerechnet unter dem Label „queer-feministisch“ – definiert wird, was typisch weibliche Verhaltensweisen oder typisch männliche Eigenschaften sind. Wir sollten doch längst gelernt haben, dass das alles bloß mittels Tradition und Konvention antrainierte Rollenklischees sind. Ich halte diese Thesen für reaktionären Schmarren und lehne es z. B. ab, mich als Cis-Mann zu definieren. Es gibt für mich nur ein mögliches soziales Geschlecht, und das ist mensch.



Kurt Krickler, Übersetzer und Journalist, war 39 Jahre ehrenamtlich in vielen Funktionen in der österreichischen und internationalen LSBT-Bewegung tätig.

Queer(ing) Video-Games

Coming-of-Age in Strange Times



Die Games-Industrie bewegt sich rasant – und kapitalisiert seit kurzem auch Diversität. Eine Besprechung der Spiele „Life Is Strange“, „Life Is Strange 2“ und „Tell Me Why“ auf ihre politischen Gehalte.

Vor gut sechs Jahren wurde zum wahrscheinlich ersten Mal ein Videospiel breit vermarktet, das für ein (queer-) feministisch interessiertes Publikum gestaltet wurde: „Life Is Strange“. Lobende Kritiken überhäufte sich und endlich schien der Beginn vom Ende der Vorherrschaft von Damsels-in-Distress-Narrativen^[1] in Videospielen eingeläutet. Nutzen und Unwägbarkeiten dieser Entwicklung für emanzipatorische politische und kulturelle Bewegungen sind schwer einzuschätzen. Wir versuchen dennoch eine Einordnung.

Life Is Strange

„Life Is Strange“ ist ein story-basiertes 3D-Adventure-Videospiel des französischen Entwicklerstudios Dontnod Entertainment, das ab 2015 in fünf Episoden für Konsole und PC erschienen ist. Das Spiel basiert darauf, dass man Entscheidungen treffen muss, die Auswirkungen auf den Verlauf der Geschichte haben. Ausschlaggebend ist, ob weitere Charaktere (NPCs) Vertrauen fassen oder skeptisch gegenüber den Anliegen der Spielerin* bleiben. Erweitert wird diese Grundlage durch eine Spielmechanik, die auf dem Zurückdrehen der

Zeit und somit der Möglichkeit basiert, die unmittelbaren Konsequenzen unterschiedlicher Entscheidungen abzuwägen. Die Handlung spielt im Jahr 2013, als die Protagonistin Maxine Caulfield – genannt „Max“ – in die Kleinstadt Arcadia Bay an der Westküste der USA zurückkehrt, um an der örtlichen High School eine Ausbildung in Fotografie zu beginnen. So weit, so unauffällig. In der ersten Episode des Spiels entdeckt die Spielerin*, die Max steuert, jedoch ihre besondere Fähigkeit, die sie in einem dramatischen Moment zu Beginn der Handlung erhält. Max rettet eine junge Frau* davor, von einem Mitschüler im Streit erschossen zu werden – Chloe, die fast vergessene beste Freundin aus Kindertagen. Die Ergründung der Umgebung, der neuen Superkraft sowie einer Vision eines nahenden Sturms, der die Existenz der Kleinstadt bedroht, treiben im weiteren Verlauf die Handlung an. Max und Chloe müssen sich mit übernatürlichen und sehr alltäglichen Problemen herumschlagen und außerdem ihre Beziehung zueinander wieder aufbauen, die über die Jahre brach gelegen hat. Die Spielerin* lernt viele unterschiedliche Nebencharaktere kennen und wird außerdem mit dem

Verschwinden einer weiteren jungen Frau – Rachel – konfrontiert, die mit Chloe eng befreundet war und für die Chloe (vielleicht) auch romantische Gefühle hatte. Zur „intensiven“ Mädchenfreundschaft zwischen Max und Chloe hat sich über die Zeit auch eine dezidiert lesbische Lesart in Teilen der Fanfiction etabliert.

Life Is Strange 2

Im zweiten Teil der „Life-Is-Strange“-Reihe spielt man den 16-jährigen Sean Diaz, der nach dem Tod seines Vaters mit seinem neun-jährigen Bruder Daniel auf der Flucht nach Mexiko ist. Die Handlung spielt in 2016 – dem Jahr, in dem Trump Präsident wurde – und beschäftigt sich immer wieder mit dem Thema Rassismus. Man erlebt sowohl Alltagsrassismus als auch Gewalt aufgrund von *racial profiling*. In einem Interview berichtet das Entwickler-Team: „We wanted to get more political, face more real-life issues and be as honest and as sincere as possible. These situations are ones that real people face every day, in their real lives.“^[2] Um die spanisch und englisch sprechende Diaz-Familie authentisch zu porträtieren, arbeitete man mit dem Input

von mehreren Latinx im Autor*innenteam. Zudem wurde die Diaz-Familie durch bilinguale Sprecher synchronisiert.

Auch dieses Spiel bietet einen weiblichen und einen männlichen „romantic love interest“, obgleich sich Romantik hauptsächlich auf eine bestimmte Episode beschränkt. Zudem ist der Beziehungsaufbau zu den Charakteren stark story-abhängig und schwer vorherzusehen. Kleiner Spoiler: Damit Sean überhaupt eine Chance bei Finn haben kann, muss man seinem gefährlichen Plan zustimmen. Hierbei besteht aber eine geringe Chance, dass Finn bei dem Versuch stirbt – was auch unter die „Bury Your Gays“-Tropen fällt. Dieses Sprachbild verweist darauf, dass queere Charaktere in Unterhaltungsmedien viel häufiger sterben als Hetero- oder Cis-Figuren und damit keine Chance auf ein Happy End haben.

Im Gegensatz zum ersten Teil, in dem die Beziehung zwischen Max und Chloe in der Schwebe bleibt, sprechen die Teenager hier offen über ihre Sexualität. Man hat die Möglichkeit, Finn nach seiner Identität zu befragen. Dieser erzählt, dass er unabhängig vom Geschlecht an

verschiedenen Personen interessiert ist. Auch hier werden keine konkreten Labels verwendet, keine der Antwortoptionen schließt ein Geschlecht ganz aus.

Tell Me Why

In „Tell Me Why“ spielt man die 21-jährigen Ronan-Zwillinge Tyler und Alyson, die nach zehn Jahren in ihr Elternhaus zurückkehren, um das Geheimnis um den Tod ihrer Mutter aufzudecken und zu verarbeiten. Im Laufe der Handlung werden Kindheits-erinnerungen der Geschwister gezeigt. Man entdeckt allerdings schnell, dass die Erinnerungen von Tyler und Alyson nicht immer übereinstimmen.

So weit ein gewöhnliches Adventure-Game. Das Besondere am Spiel ist aber, dass man mit Tyler einen der ersten spielbaren transgener Protagonisten hat. Tylers Transition wird anfangs eher subtil durch Bücher und Kalendereinträge in seinem Zimmer angedeutet. Im ersten Kapitel des Spiels gehen die Geschwister noch dem

Verdacht nach, ob der Tod der Mutter etwas mit Tylers Identität zu tun haben könnte. Als sie aber mehr und mehr davon abkommen, tritt das Thema Transgender in den Hintergrund bzw. ist kein wichtiger Teil der Handlung mehr.

Das Studio bietet auf seiner Website eine FAQ-Liste an, damit Spieler*innen vor dem Kauf nachlesen können, wie mit Tylers Identität umgegangen wird und auch Trigger-Warnungen einsehen können. Das Spiel stellt Transphobie nur sehr punktuell dar. Zudem wird Tylers „deadname“, also sein Name vor der Transition, nicht erwähnt. Die Rückblenden spielen in einer Zeit, in der Tyler in Gegenwart seiner Schwester bereits einen anderen maskulineren Namen verwendet.

Um eine möglichst authentische Repräsentation zu erzielen, hat das Studio Dontnod mit GLAAD, einer amerikanischen Non-Profit-Organisation von LGBT-Aktivist*innen, zusammengearbeitet. In einem YouTube-Video der Entwickler*innen über den Casting-Prozess wird auch angesprochen, dass aufgrund

struktureller Diskriminierung es queeren oder trans Personen¹³¹ oft erschwert wird, für ihre eigenen Rollen gecastet zu werden. Tyler wird von August Aiden Black, einem trans Mann, synchronisiert. In der im Oktober 2020 veröffentlichten deutschen Synchronisation wird Tyler von Lukas von Horbatschewsky, ebenfalls ein trans Mann, gesprochen. Die Repräsentation dürfte geglückt sein, das Spiel hat jedenfalls mehrere Preise gewonnen, darunter zwei *Gayming Awards* für *Authentic Representation* und *Best LGBTQ Character*, die an die Figur von Tyler gingen.

Diversity Management?

Queere oder trans Charaktere sind in weiten Teilen der Games-Industrie nach wie vor absolute Mangelware. Dass in den letzten fünf bis sechs Jahren in Spielen mittlerer und großer Studios mehr Diversität bei Charakteren und Storys wahrnehmbar ist, sollte nicht über die Kapitalisierung der Diversität hinwegtäuschen. Trotzdem sehen wir einen Mehrwert darin, besonders marginalisierte Positionen in den Mainstream der Videospieldustrie zu bringen. Die Frage ist natürlich immer, wie das geschieht. An den Spielen des französischen Entwicklerstudios Dontnod

kann eine Entwicklung hin zu mehr Pluralität auf der Ebene von Charakteren aber auch in Hinblick auf die Produktion von Spielen nachgezeichnet werden. In „Life Is Strange 2“ ist das Narrativ zu den Themen Rassismus, Grenzregime und Fluchterfahrung politischer als im ersten Teil. In der Produktion wurde außerdem Wert daraufgelegt, Personen mit entsprechenden Erfahrungen in die Entwicklung einzubeziehen. In „Tell Me Why“ sehen wir diese Produktionsweise nahe an den Erfahrungen real existierender Menschen fortgeführt und an autoethnografische Erzählweisen angenähert.

Das Beste, was jedes Spiel, Buch, Video oder jeder Film leisten kann, ist, die Menschen, die sich damit auseinandersetzen, zum Nachdenken zu bringen. Insofern haben sich interessante story-basierte 3D-Adventure-Videospiele schon länger als eigenständiges Genre etabliert. Die neuere Entwicklung hin zu queeren und transgener Charakteren ist da nur eine logische Entwicklung in Bezug auf die Ansprache neuer Zielgruppen, aber auch ein Indiz für Veränderungen der Vorstellungen und Lebensweisen insbesondere der jungen Generation.

Nico Reiter und Melanie Konrad sind Redakteur*innen bei Radio Stimme.

¹³¹ Rollentyp „verfolgte Unschuld“.

¹³² Writer und Regisseur Jean-Luc Cano 2019 im Interview mit *Gamingbible UK*.

¹³³ Manche Personen lehnen die Schreibweise „Transmann“ oder „Transfrau“ ab und bevorzugen eine Verwendung als Adjektiv, also „trans Mann/trans* Mann“ oder „trans Frau/trans* Frau“, um zu betonen, dass ihre Identität nicht ihr Hauptmerkmal ist.

Die Sendung „Life is indeed strange ... Feminismus, Queerness und Rassismus in Video Games“ und eine vertiefende Besprechung zu „Tell Me Why“ wurden am 15. September 2020 bzw. am 20. April 2021 bei Radio Orange 94.0 erstausgestrahlt und können unter www.radiostimme.at jederzeit nachgehört werden.



das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroska	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRO
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138

Schulsozialarbeit und Antisemitismus

Der österreichische Bericht 2021 zeigt, dass der Antisemitismus hierzulande wieder zunimmt. Dieser traurige Befund geht mit einem weiteren einher: Antisemitismus scheint in der Schule (auch in Deutschland) kein relevantes Thema zu sein. Ein Beispiel: „In der Altersklasse von 18 bis 34 Jahren gaben in einer CNN-Umfrage im Jahr 2018 in Deutschland rund 40 % der Befragten an, ‚wenig‘ oder ‚gar nichts‘ über den Holocaust zu wissen.“^[1]



Antisemitismus in der Schule.
Handlungsmöglichkeiten der
Schulsozialarbeit.
Von: Gudrun Perko (Hrsg.).
Weinheim: Beltz Juventa 2020.
128 Seiten; EUR 14,95
ISBN: 978-3-7799-6254-0

Antisemitismus als Aufgabe für die
Schulsozialarbeit. Expert_innen im Gespräch.
Von: Gudrun Perko, Leah Carola Czollek,
Naemi Eifler (Hrsg.).
Weinheim: Beltz Juventa 2021.
146 Seiten; EUR 14,95
ISBN: 978-3-7799-6468-1

Zwei neuere Publikationen, die einen thematischen und personalen Zusammenhang aufweisen, nehmen sich des Problems an. Das erste Buch, *Antisemitismus in der Schule*, hat Gudrun Perko herausgegeben, die als Professorin für Sozialwissenschaften mit Schwerpunkten Gender, Diversity und Mediation an der Fachhochschule Potsdam tätig ist. Es handelt sich um das Ergebnis eines Forschungsprozesses, den die Herausgeberin gemeinsam mit 13 Studierenden der Sozialen Arbeit angeleitet hatte.

Das Thema wird in der vorliegenden Studie aus einer spezifischen Perspektive betrachtet: Es geht um die Schulsozialarbeit, die in den letzten Jahren einen Entwicklungsschub an deutschen Schulen bekommen hat. Die Sozialarbeit in der Schule umfasst eine sehr breite Aufgabenpalette. Umschrieben wird die Tätigkeit mit dem Hilfsbegriff „Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit der Schule“. Vor allem geht es dabei um die Gewährleistung der Gleichberechtigung und die Vermeidung von Bildungsbenachteiligungen von Kindern und Jugendlichen im Schulalltag. Dass diese Aufgabe und das Prinzip der Schulsozialarbeit weder einheitlich definiert sind, noch eine regelmäßige Praxis aufweisen, stellt ein Problem für die Soziale Arbeit sowie für deren Studium dar. Das andere Problem ist naheliegend: „Eine Leerstelle ist die Beschäftigung mit Antisemitismus, der in Bezug auf die Aufgaben der Schulsozialarbeit nicht auftaucht“, so die Herausgeberin (S. 18).

Gerade diese Lücke will die vorliegende Publikation schließen helfen. Auf eine leicht verständliche und zugleich profunde Weise geht Perko (gemeinsam mit den Studierenden, die an der Forschung beteiligt waren) an das Thema heran. Zunächst wird versucht, Schulsozialarbeit aus begrifflichen und konzeptionellen Unklarheiten zu befreien. Es folgt sodann ein Grundriss des Antisemitismus in seinen historischen und aktuellen Gestalten, wodurch das Buch über den anwendungsspezifischen Rahmen hinaus den Charakter einer soliden Einführung in das Thema bekommt. Das nächste Kapitel ist der Bestandsaufnahme bisheriger Forschung und sozialpädagogischer Praxis gewidmet. Anschließend folgt eine Art Handlungsleitfaden für die Soziale Arbeit in der Schule mit Blick auf die „Leerstelle Antisemitismus“, und hier gelingt es der Herausgeberin, in aller Kürze ein großes Feld zu erschließen. Den letzten Abschnitt bildet die Darstellung der durchgeführten Studie, 15 Interviews mit Schulsozialarbeiter*innen aus Berlin und Potsdam über ihren Umgang mit Antisemitismus im Schulalltag – mitsamt einem Ausblick, der neben Schule auch auf das Studium der Sozialen Arbeit gerichtet ist.

Auf dem Hintergrund dieser ersten ist die zweite vorliegende Publikation aufgebaut, die Gudrun Perko zusammen mit Leah Carola Czollek (gemeinsam mit Perko Mitbegründerin sowie Leiterin des Instituts „Social Justice und Radical Diversity“) und Naemi

Eifler herausgegeben hat und den Titel *Antisemitismus als Aufgabe für die Schulsozialarbeit* trägt. Auch dieses Buch geht auf einen Forschungsprozess zurück, wobei hier die Interviewten, zwölf an der Zahl, weder in der Schule noch in der Sozialen Arbeit tätig sind: Die Student*innen der Fachhochschule Potsdam führten diesmal Interviews mit Antisemitismus-Expert*innen, deren Antworten auf die Fragen allerdings nicht im Rahmen einer allgemeinen Interviewanalyse, sondern wie die einzelnen Beiträge eines Sammelbandes veröffentlicht werden.

Auch dieses Buch beginnt mit einem einleitenden Abschnitt über Antisemitismus und über die Grundlagen der antisemitismuskritischen Sozialen Arbeit. Den zwölf Interviews, allesamt anschauliche Beiträge, folgt der analytische Versuch, daraus Handlungsempfehlungen für die Bildungsarbeit abzuleiten.

Die beiden hier vorgestellten Publikationen sind zwar auf das Tätigkeitsfeld der Schulsozialarbeit fokussiert; das darin gebotene Grundlagenwissen zum Antisemitismus macht sie beide aber zu allgemein relevanten und aktuellen politischen Sachbüchern – im besten Sinne dieser Spartenbezeichnung.

Hakan Gürses

^[1]Hans-Peter Kilguss u. a. (Hg.): *Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Grundlagen, Methoden & Übungen*. Frankfurt/M. 2020, S. 10.

Die **Initiative Minderheiten** und die **Stimme** sind seit Anfang Februar auf Instagram. Anlässlich unseres **30. Gründungsjahrs** geben wir Einblicke in unser reichhaltiges Bildarchiv, stellen das Team vor, posten Grußbotschaften von Weggefähr*innen und vieles mehr →→→ Folgt uns auf [Instagram.com/initiative_minderheiten](https://www.instagram.com/initiative_minderheiten).

Gemeint sind wir alle

In „Mama, darf ich das Deutschlandlied singen“ versammelt Esther Dischereit politische Texte aus den Jahren 1995 bis 2020 – der Bogen reicht von (Selbst-)Interviews zu Essays, die ursprünglich als Reden öffentlich gehalten wurden, von Aufsätzen für Zeitschriften bis hin zu Lyrischem.

Gemeinsam ist allen Texten, dass sie gewissermaßen „unfertig“ sind: Sie nehmen uns mit in eine Werkstatt des Denkens und Formulierens, sie umkreisen ihre Themen, sie legen immer auch die Relativität und Komplexität politischer Prozesse und Entscheidungen offen. Diese Offenheit macht auch die Verführungskraft von Dischereits Schreiben aus. Statt uns mit unumstößlichen Wahrheiten und Glaubenssätzen zu konfrontieren, stellt es Fragen: nach Möglichkeiten und Grenzen von Solidarität, nach „jewish spaces“ im heutigen Deutschland, nach Rassismus und Antirassismus in Ost- und Westdeutschland nach der Wende – und immer wieder nach der eigenen Position im fluiden Feld identitätspolitischer Bestimmungen.

Dischereit scheut sich auch nicht, in ihrem suchenden, fragenden Schreiben die eigene

Unsicherheit offenzulegen. Besonders deutlich wird dies in den persönlicheren Texten, wie dem titelgebenden, in dem sie jüdische Identität im heutigen Deutschland verhandelt. Der Aufsatz gipfelt in einer meisterlich lapidaren und doppelbödigen Frage: „Es müsste doch für einen Juden möglich sein, nicht Jude zu sein.“ Und dies ist nur scheinbar ein Paradox ...

Ähnlich offen geht Dischereit in einem der literarischsten Texte des Bandes mit den Ambivalenzen ihrer zugleich unhintergehbaren und brüchigen Identifikation um: In „Breads Bakery“ beschreibt sie einen ausgedehnten Spaziergang durch die ultraorthodoxen Viertel von New York, Bilder, die an Deborah Feldmans Erfolgsroman „Unorthodox“ erinnern. Die „ausgestellte Jüdischkeit“ ist erschreckend, dann auch wieder vertraut, letztlich überwiegt aber der Eindruck, es mit einer Sekte

zu tun zu haben, in der es keinen Platz für das Eigene gibt.

Die Mehrzahl der Texte aber ist das, was Aleida Assmann als „praktisches Lehrbuch der Demokratie“ bezeichnet. Immer wieder stellt Dischereit Bezüge her zwischen Halle und Hanau, zwischen rassistischen, antimuslimischen und antisemitischen Verbrechen und macht deutlich, dass nur eine Solidarisierung, eine plurale „Gemeinschaft der Vielen“ in der Lage ist, sich einer Normalisierung von rechtsradikalem Gedankengut durch eine Partei wie die AfD entgegenzustellen. Auf Basis eines unideologischen Identitätsbegriffs bezieht Dischereit ganz klar Stellung für eine breite demokratische Allianz der Vielen. Denn: „Gemeint sind wir alle“ – so lautete das erste Flugblatt nach den rassistischen Morden von Hanau.

Jessica Beer

Esther Dischereit
MAMA, DARF ICH DAS
DEUTSCHLANDLIED
SINGEN

Politische Texte
mandelbaum verlag

Mama, darf ich das Deutschlandlied singen.
Von Esther Dischereit.
Wien: Mandelbaum Verlag 2020.
240 Seiten; EUR 19,-
ISBN: 978385476-873-9

Diskriminierung | Annäherung an einen schillernden und umstrittenen Begriff

In fünfzehn Beiträgen versuchen die Autor_innen theoretische und praktische Aspekte von Diskriminierung und Antidiskriminierung darzustellen und miteinander zu verbinden.

Das erste Kapitel umfasst drei Beiträge, die sich den Grundlagen der (Anti-)Diskriminierung widmen. Es geht dabei um das Zusammenspiel von Beratung und Empowerment sowie um die gesellschaftliche Funktion von Diskriminierung und Diskriminierungskritik. Abschließend werden sieben Eckpunkte zum Verständnis von Diskriminierung formuliert, die sich aus den unterschiedlichen Perspektiven der Autor_innen ergeben.

Das zweite Kapitel „Räume der (Anti-)Diskriminierung“ stellt Universitäten, Kirchen und Medizin in den Mittelpunkt. Der Beitrag über Diskriminierung durch Algorithmen fällt mehrfach aus dem Rahmen, etwa weil er Diskriminierung – ausgehend von seiner lateinischen Wurzel – anders als die übrigen Beiträge auch in einem

neutralen Sinn versteht. Letztlich bietet der Text aber einen guten Überblick zum Verständnis von Algorithmen, wie sie von wem verwendet werden und auf welchen Ebenen sie Diskriminierungspotenzial besitzen.

Die Beiträge im dritten und letzten Kapitel greifen einzelne Aspekte der (Anti-)Diskriminierung näher heraus. In „Konkurrenz vs. Solidarität“ geht es um Chancen und Herausforderungen jüdisch-muslimischer Allianzen. Das deutsche Transsexuellengesetz dient als Beispiel für strukturell-institutionelle Diskriminierung. Ausgehend von der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ihrer Forderung nach persönlicher Selbstbestimmung und Gleichheit stellt ein weiterer Beitrag Diskriminierung aufgrund

von Behinderung als Zusammenspiel vieler Ebenen von Barrieren und als Verweigerung angemessener Vorkehrungen dar. Ergänzt wird diese Darstellung durch eine Reflexion gesellschaftlicher Widerstände, die Gleichstellung verhindern. Die letzten zwei Beiträge widmen sich der Beschreibung des Rassismus als traumatisches Ereignis sowie der Frage, ob Armut besonders in der sozialarbeiterischen Praxis als Diskriminierung verstanden werden kann/sollte.

Die einzelnen Beiträge sind durchwegs originell und regen zur weiteren Beschäftigung mit der Thematik an. Die beabsichtigte Verschränkung von Theorie und Praxis gelingt aus meiner Sicht nur teilweise, schmälert aber den Wert dieses Bandes nicht.

Volker Frey

Gero Bauer, Maria Kechaja,
Sebastian Engelmann,
Lean Haug (Hg.)

Diskriminierung
und Anti-
diskriminierung

Beiträge aus Wissenschaft
und Praxis

[transcript] Gesellschaft der Unterschiede

Diskriminierung und Anti-Diskriminierung.
Beiträge aus Wissenschaft und Praxis.
Von: Gero Bauer, Maria Kechaja, Sebastian Engelmann, Lean Haug (Hg.).
Bielefeld: transcript Verlag 2021.
282 Seiten; EUR 35,-
ISBN: 978-3-8376-5081-5

stimme 120 »

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

Kämpfer:innen

Die Gründungsidee der **Initiative Minderheiten**, minoritäre Allianzen zu ermutigen, spiegelt sich in der Zusammenstellung der Vorstandsmitglieder sowie Mitarbeiter:innen und Vernetzungspartner:innen wider. Wer sind diese Theoretiker:innen und Aktivist:innen, die seit Jahrzehnten unermüdlich, kreativ und überaus engagiert für Minderheitenrechte und Demokratie eintreten? Wir porträtieren **Kämpfer:innen** der Minderheitenbewegungen.

stimme Abonnieren!

Zeitschrift der Initiative Minderheiten



30 JAHRE
STIMME
ZEITSCHRIFT DER
INITIATIVE
MINDERHEITEN
30 JAHRE MINORITÄRE ALLIANZEN

30 Jahre Stimme

30 Jahre das einzige minderheitenübergreifende Magazin in Österreich

30 Jahre für ein politisches und solidarisches Handeln von Minderheiten und der Mehrheit

★ **Wir feiern unseren 30. Geburtstag!** ★

Mit Schwerpunktheften über:

Alter, Antidiskriminierung, Antisemitismus, Antiziganismus, Behindertenbewegung, Bildung, Bosnienkrieg, Chancengleichheit, Demokratie, Familie, Flucht, Frauen, freie Radios, Gedenken, Gender, Gleichbehandlung, Homophobie, Identitäten, Inklusion, Integration, jüdisches Leben, Jugend, Literatur, Medien, Mehrsprachigkeit, Menschenrechte, Migration, Minderheitenrechte, minoritäre Allianzen, Musik, Nationalismus, Nationalsozialismus, Partizipation, Pflege, Queer-LGTBIQ, Rassismus, Repräsentation, Roma & Sinti, Schule, Selbstbestimmt Leben, Sexismus, Sprache, Staatsbürgerschaft, Wahlrecht.

Jedes Stimme-Abo ist ein Geburtstagsgeschenk an uns.

E-Mail an: abo@initiative.minderheiten.at



24-h Frauennotruf
01 71 71 9

24-h Frauenhaus-Notruf
05 77 22

Du fühlst dich zerbrochen?

Häusliche Gewalt ist nicht deine Schuld. Wenn dein Partner oder Ex-Partner dich bedroht, schlägt oder mit Nachrichten über das Smartphone abwertet: Du bist nicht allein!

Wenn du von häuslicher Gewalt betroffen bist, ruf an. Wenn du Hilfe in einer Notsituation brauchst, ruf an. Wenn du eine Gewalttat wahrnimmst, ruf an. Wir lassen Gewalt an Frauen nicht so stehen! Die Notrufnummern der Stadt Wien sind rund um die Uhr für dich da!

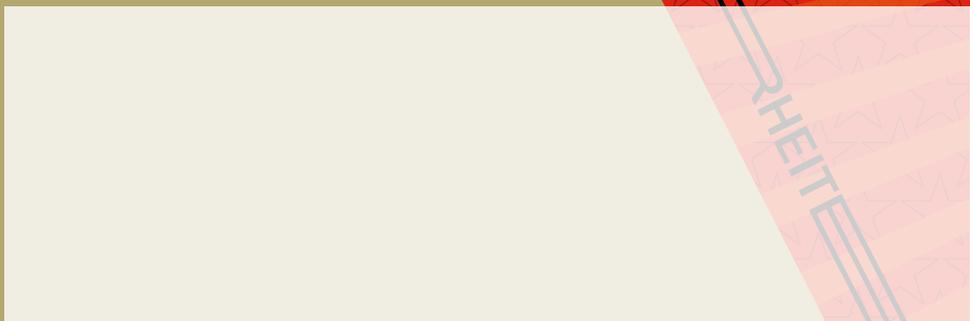
**Stadt
Wien**

wienkuemmerts.wien.gv.at



» die nächste **stimme** erscheint im Oktober 2021

STIMME ZEITSCHRIFT DER INITIATIVE MINDERHEITEN



 **Bundesministerium**
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

